books2ebooks.eu

HERMENS, OSKAR

Die gemeinsame Gefahr der evangelischen Kirche und der deutschen Nationalität in der Diaspora der deutschen Grenzmarken Vortrag von Hermens

Braun
1895

Sächsische Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek
Dresden: Hist.Germ.univ.605.f-112/114

books2ebooks.eu
SLUB
Wir führen Wissen.

EOD – Millionen Bücher nur einen Mausklick entfernt! In mehr als 12 europäischen Ländern!

Danke, dass Sie EOD gewählt haben!
Europäische Bibliotheken besitzen viele Millionen Bücher aus der Zeit des 15. – 20. Jahrhunderts. Alle diese Bücher werden nun auf Wunsch als eBook zugänglich – nur einen Mausklick entfernt. In den Katalogen der EOD-Bibliotheken warten diese Bücher auf Ihre Bestellung – 24 Stunden täglich, 7 Tage die Woche. Das bestellte Buch wird für Sie digitalisiert und als eBook zur Verfügung gestellt.

Machen Sie Gebrauch von Ihrem eBook!

■ Genießen Sie das Layout des originalen Buches!
■ Benutzen Sie Ihr PDF-Standardprogramm zum Lesen, Blättern oder Vergrößern. Sie benötigen keine weitere Software.
■ *Suchen & Finden:** Mit der Standardsuchfunktion Ihres PDF-Programms können Sie nach einzelnen Wörtern oder Teilen von Wörtern suchen.
■ *Kopieren & Einfügen:** Text und Bilder in andere Anwendungen (z.B. Textverarbeitungsprogramme) einfach kopieren und einfügen
*Nicht in allen eBooks möglich.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Mit der Nutzung des EOD-Services akzeptieren Sie die allgemeinen Geschäftsbedingungen der bestandshaltenden Institution.
■ Allgemeine Geschäftsbedingungen:
https://books2ebooks.eu/csp/de/slub/de/agb.html

Weitere eBooks

Schon fast 40 Bibliotheken in mehr als 12 europäischen Ländern bieten diesen Service an.
Finden Sie weitere Bücher zur Digitalisierung: https://search.books2ebooks.eu
Mehr Information unter https://books2ebooks.eu

Flugschriften
des
Evangelischen Bundes.
Herausgegeben vom Vorstand des Ev. Bundes.

112/114.
(X. Reihe, 4/6.)

Aus den Verhandlungen
der
VIII. General-Versammlung
des
Evangelischen Bundes
zu
Zwickau, 1.—3. Oktober 1895.

KGL. OFFENTL. BIBLIOTHEK DRESDEN

Die gemeinsame Gefahr der evangelischen Kirche und der deutschen Nationalität in der Diaspora der deutschen Grenzmarken. Vortrag von Militäroberpfarrer Dr. Hermens.

Leipzig 1895.
Verlag der Buchhandlung des Evang. Bundes von C. Braun.

Preis 50 Pf.

Die Redaktion überläßt die Verantwortung für alle mit Namen erscheinenden Schriften den Herren Verfassern.

Die Flugschriften des Evangelischen Bundes erscheinen in Heften; 12 Flugschriften bilden eine Reihe.

Man abonniert auf die Reihe von 12 Flugschriften zum Pränumerationspreise von 2 Mark in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verleger.

Jede Flugschrift wird nach wie vor einzeln zu dem auf dem Umschlage angegebenen Preise verkauft.

An Vereine und einzelne, welche die Hefte in größerer Zahl verbreiten wollen, liefert die Verlagshandlung bei Bestellung von mindestens 50 Exempl. dieselben zu einem um ein Viertel ermäßigten Preise.

Verzeichnis
der
Flugschriften des Evangelischen Bundes.

I. Reihe (Heft 1—12). Abonnementspreis 2 Mk.

1. Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. Seine Berechtigung und seine Aufgaben. Von Dr. Bärwinkel, Pastor in Erfurt. 25 Pfg. 2. Römische Triumphe. Von Dr. H. Baumgarten, Professor der Geschichte in Straßburg. 20 Pfg. 3. Die unsichtbare Kirche und Rom. Von Prof. D. L. Witte, geistlicher Inspektor in Pforta. 20 Pfg. 4. Der Friedensschluß zwischen Deutschland und Rom. Von W. Beyschlag, D. u. Prof. der Theologie in Halle. 20 Pfg. 5. Ein Streifzug durch die ultramontane Presse. Von Dr. Ottomar Lorenz. 25 Pfg. 6. Die Möglichkeit eines ehrlichen und gesegneten Zusammenwirkens von kirchlich-konservativen und liberalen Elementen im Evangelischen Bund. Von P. Wurm, Dekan in Blaubeuren. 15 Pfg. 7. Welche Aufgaben erwachsen dem geistlichen Amte aus der gegenwärtigen Angriffsstellung Roms? Von Prof. D. L. Witte, geistl. Insp. in Pforta. 25 Pfg. 8. Der Evang. Bund in Frankfurt. I. Predigt, gehalten in der Paulskirche zu Frankfurt a./M. Von K. H. Vieregge, Pfarrer zu Bonn. 10 Pfg. 9. Der Evang. Bund in Frankfurt. II. Eröffnungsrede bei der öffentlichen Versammlung. Von Graf Wintzingerode-Bodenstein. 10 Pfg. 10. Der Evangelische Bund in Frankfurt. III. Rede über die Aufgaben und den Charakter des Evangelischen Bundes. Von D. G. Fricke, Geh. Kirchenrat, ord. Prof. der Theol. in Leipzig. 15 Pfg. 11. Zehn Jahre preußisch-deutscher Kirchenpolitik. Von D. R. A. Lipsius, Geh. Kirchenrat, Professor der Theologie in Jena. 20 Pfg. 12. Die Reformation und das deutsche Volkstum. Von Julius Werner, Pfarrer in Hohenthurm bei Halle a. S. 20 Pfg.

II. Reihe (Heft 13—24). Abonnementspreis 2 Mk.

13. (1) Der Unterschied zwischen der katholischen und evangelischen Sittlichkeit, gemeinverständlich dargestellt von Lic. Dr. Gustav Schulze, Pastor an der Michaeliskirche in Erfurt. 30 Pfg. 14. (2) Der gegenwärtige Romanismus im Lichte seiner Heidenmission. I. Die römische Feindschaft wider die evangelische Kirche. Von D. G. Warneck. 25 Pfg. 15. (3) Die Behandlung der socialen Frage auf evangelischer Seite. Ein Bitt- und Mahnwort. Von Lic. Weber, Pfarrer in M.-Gladbach. 20 Pfg. 16. (4) Piedigrotta. Ein Nachtbild aus dem religiösen Leben Süditaliens. Von Th. Trede, Pfarrer in Neapel. 15 Pfg. 17. (5) Der gegenwärtige Romanismus im Lichte seiner Heidenmission. II. Das römische Christentum. Von D. G. Warneck. 35 Pfg. 18. (6) Der Verband kaufmännischer Kongregationen und kath.-kaufm. Vereine Deutschlands und eine „öffentliche Aufforderung" der „Germania". Zwei Nachspiele der Thümmelschen Religionsprozesse. Zur Kennzeichnung neujesuitischer Polemik herausgegeben von D. Fr. Nippold, Professor der Theologie in Jena. 30 Pfg. 19. (7) Was würde uns ein vollständiger Sieg Roms kosten? Von G. Blume in Köthen (Anhalt). 25 Pfg. 20. (8) In der Rüstkammer. Von Brüggemann, Pfarrer in Kettwig. 15 Pfg. 21. (9) Die sociale Organisation des römischen Katholicismus in Deutschland. Von Lic. Weber, Pfarrer in M.-Gladbach. 25 Pfg. 22. (10) Luther vor und in seinen

(Fortsetzung auf der dritten Umschlagseite.)

Die gemeinsame Gefahr der evangelischen Kirche und der deutschen Nationalität in der Diaspora der deutschen Grenzmarken.

Vortrag von Militäroberpfarrer Dr. Hermens in Magdeburg.

Unsere Seele ist voll von dankbarer Erinnerung an die großen Thaten, die Gott an unserem Volke vor 25 Jahren gethan hat.

Auch das gehört zu den herrlichen Errungenschaften jener gewaltigen Erhebung unserer Nation, daß altes deutsches Erbreich, Lothringen und Elsaß, dem Mutterlande wieder zurückgewonnen wurde.

In der Zeit traurigster politischer und konfessioneller Verwirrung war Metz, in einer folgenden Zeit dauernden Niederganges der deutschen Verhältnisse Straßburg verloren gegangen.

Nur einen Augenblick rufen wir uns diese Vorgänge ins Gedächtnis zurück. Herzog Moritz, der „Judas von Meißen", der große Politiker, hatte mit Heinrich II. von Frankreich paktiert, gewiß in der Meinung, auch ihn zu überlisten, wie er andere überlistet hat. Noch hielt Metz treu am Reich, wenngleich Karl V. durch unkluge Besteuerung und Bedrückung der Protestanten die Sympathien verscherzte. Man braucht nur zu verzeichnen, daß ein kaiserlicher Erlaß vom 4. Juni 1544 der Stadt „für ihr thatkräftiges Vorgehen gegen die Reformierten" zwei Freimessen bewilligt. Ein willfähriges Werkzeug für seine Wünsche fand der „allerchristlichste König" in dem Kardinalbischof Robert von Metz. Dieser „unterthänige Knecht Frankreichs" verstand es, mit Hülfe einiger Patrizier im Stadtrat eine französische Partei zu bilden.

„Im Vertrauen auf diese Unterstützung stellte der Connetable von Montmorency das Verlangen eines Durchzuges seiner Armee durch die Stadt: die Bürgerschaft widersetzte sich der Anmutung standhaft, wurde aber allmählich durch die Intriguen und Verführungskünste der französischen Parteigenossen zu dem Zugeständnis gebracht, der Feldherr selbst möge seinen Durchzug durch die Stadt nehmen, begleitet von einem Fähnlein der Garde und den Kavalieren seines Stabes, nicht aber das Heer. Mehr bedurfte man nicht — dem einen Fähnlein folgte die Garde, und dieser die ganze Armee. Auf die Vorstellungen der Bürgerschaft stellte sich der Connetable sehr entrüstet über den Zudrang, meinte aber, die Stadt würde keinen Schaden nehmen, wenn das Heer seinen ‚Durchzug' durch dieselbe mache. Kaum aber war der letzte Mann in das Thor eingezogen, so wurden die Truppen bei den Bürgern einquartiert und von einem Abzug war keine Rede mehr. Die Komödie war gut gespielt, aber sie sollte mit einem tragischen Ende schließen. Um den Magistrat zu einem gefügigen Werkzeug der französischen Politik zu machen, lud Montmorency diejenigen Mitglieder, die nicht von der Partei waren, unter einem erdichteten Vorwand in sein Zimmer und durchbohrte mit eigener Hand den Aeltesten des Schöppenrates, während seine Garden über die anderen herfielen und sie niedermachten. Wer wollte nach solchen Vorgängen noch Widerstand wagen? Als der König am 18. April 1552 in Metz einzog, feierte ihn die Inschrift eines Triumphbogens als ‚Protektor des heiligen römischen Reiches' und auf die Bitte des Magistrats, der Stadt ihre Freiheiten und Privilegien zu erhalten, antwortete er zweideutig: ‚Ich werde euch wie die Meinigen behandeln.'" (Weber, Lehrbuch der Weltgeschichte, 20. Aufl., II, 80.)

Seitdem riß die Mißhandlung der Protestanten nicht mehr ab. Sie ist wiederholt geschildert worden, so auch in Karl Braun's-Wiesbaden: „Aus der Mappe eines deutschen Reichsbürgers" (I, 106 ff.), namentlich illustriert an dem Beispiele des Notars Johann Orly. Von 1620 an war durch Auswanderung der wohlhabenden Bürger Metz französisch. 1656 wurde ein besonderes Bekehrungshaus für Mädchen, 1662 eins für Männer errichtet. Was noch

zu ruinieren war, zerstörte die Aufhebung des Edikts von Nantes.

„Als am 10. März 1788 im Parlament von Metz das Edikt vom November 1787 einregistriert wurde, welches den Reformierten Frankreichs einen Civilstand zuerkannte, waren im ganzen Metzerlande noch 110 reformierte Familien mit 480 Seelen vorhanden. Von 20 war eine übrig geblieben!" (Aus dem auf der Gustav Adolf-Versammlung zu Düsseldorf 1886 gehaltenen Vortrag des Generalsekretärs Küß.)

Am 30. September 1681 fiel auch Straßburg an Frankreich und Bischof Egon von Fürstenberg — einer der Egonisten — bewillkommnete Ludwig XIV. mit dem Gruß Simeons „Herr, nun lässest du deinen Diener in Frieden fahren, denn meine Augen haben deinen Heiland gesehen." Sogleich ward auch das Münster vom Bischof mit Beschlag belegt, die feierlich zugesagte freie Religionsübung eingeschränkt, die lutherische Beamtenschaft entsetzt, viele Pfarrer auf dem Lande wurden vertrieben. Doch blieben im Elsaß die Herzen noch lange deutsch. Man hat gesagt, jene Nacht, in welcher die Nationalversammlung alle Hörigkeit aufhob, habe das Elsaß französisch gemacht.

Nur der heißesten Umarmung ist es gelungen, beide Städte wieder an sich zu ziehen. Am Tage des Einzugs der deutschen Truppen in Straßburg — 28. September 1870 — konnte in überströmendem Dank gegen Gott Emil Frommel ihnen predigen: „Ein Baum beugt sich ja nicht bloß, wenn der Sturm Aeste schüttelt oder bricht, er kann sich auch beugen unter der Last des Segens, die auf seinen Zweigen liegt. Je voller die Aehre, desto mehr senkt sie das Haupt."

Die Zurückwerfung der Bazaineschen Armee auf Metz, die Einschließung und Eroberung der bisher unbezwungenen Feste ist ein weltgeschichtliches Ereignis von hervorragendster Bedeutung. Die unzähligen Gräber auf den umliegenden Schlachtfeldern bezeichnen den Preis der Siegesbeute.

Was so heiß ersehnt, was so teuer erkauft worden, das um seine Hauptstädte gelagerte Reichsland gilt es zu behaupten. Es ist ganz wahr, was der Abgeordnete Guerber dem Berichterstatter des „Matin" gesagt hat: „Deutschland will Elsaß-Lothringen nicht herausgeben, weder für Madagaskar,

noch für sonst etwas." Aber was äußerlich gewonnen ist, das haben wir nicht minder innerlich uns zu eigen zu machen.

Einige allgemeine Betrachtungen werden gestattet sein. Von besonderer Bedeutung ist selbstredend die Behandlung der französischen Sprache und einleuchtendermaßen liegt hier für die Regierung eine der schwierigsten Aufgaben, mit Rücksicht auf den öffentlichen Verkehr, namentlich aber auch hinsichtlich der Schule, zwischen zuviel und zu wenig allemal das Richtige zu treffen. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die verantwortlichen Behörden meistern zu wollen.

In dem evangelischen Volksblatte: „Die Heimat" sind unter dem Titel: „Nach 25 Jahren, Reiseeindrücke aus dem Elsaß", seitens eines angeblichen Mitgliedes des englischen Unterhauses (eigentlich eines unterelsässischen evangelischen Theologen [Hoffet]) erschienen, welche nunmehr auch als (lesenswertes!) Buch — jetzt bereits in 2. Auflage — vorliegen. Hier heißt es („Heimat" Nr. 28, vom 4. April 1895, im Buche S. 9 ff.):

> In seiner Familie ist der Mülhauser Fabrikant im Laufe der Zeit zum Vollfranzosen geworden. Während man z. B. in Straßburg in den elsässischen Familien den Elsässerdialekt noch mit großer Vorliebe spricht, kommt er in den Mülhauser Familien gar nicht mehr zur Geltung. Man versteht ihn wohl, man spricht ihn mit den Dienstboten und Arbeitern, aber im übrigen gilt er doch als lingua rustica. Es erklärt sich das hauptsächlich durch den regen geschäftlichen Verkehr, der seit Beginn des Jahrhunderts und schon vorher zwischen Paris und Mülhausen bestand. Dieser Gebrauch der französischen Sprache als Umgangs-, Familien- und Geschäftssprache ist es, der viel dazu beiträgt, die Annäherung zwischen Deutschen und Elsässern zu erschweren. Die deutsche Verwaltung hat den unbegreiflichen Fehler begangen, sofort nach der Annexion das französische Collège, wo die Familiensöhne erzogen wurden, in ein rein deutsches Gymnasium umzuwandeln. Die Folge davon war, daß man seine Kinder aus demselben zurückzog und sie nach Frankreich schickte. Die Dame des Hauses setzte mir dies bei Tische so recht nach Frauenart auseinander. Sie erzählte mir, was es für ein Opfer sei, wenn eine Mutter ihre zwei Aeltesten nur während vier Wochen im Jahre sehen dürfe. Sie blickte mit Thränen in den Augen auf ihren Jüngsten, „der nun auch bald wegen dieser Prussieus in die Ecole Alsacienne nach Paris geschickt werden müsse", und erzählte mir dann alle möglichen Schrecklichkeiten, die in dem deutschen Gymnasium vorkommen sollen. Nach Tisch bei einer Cigarre und einer Tasse Kaffee kam der Vater auf den Gegenstand zurück. „Meine Frau", sagte er, „nimmt die Sache viel zu tragisch auf; aber nichtsdestoweniger sind wir hier in einer höchst unerquicklichen Lage: Wollte

die Regierung mit ihrem bisherigen Systeme brechen, so könnte sie leicht eine Wendung zum Bessern herbeiführen. Den Hauptvorwurf, den wir ihr machen, ist der, daß sie auf unsere eigenartige Vergangenheit und Bildung gar keine Rücksicht nimmt. Sie will uns, die wir seit drei Generationen französisch gedacht, gesprochen und geschrieben, mit einem Schlage zwingen, diese Sprache und die damit zusammenhängende Bildung zum alten Eisen zu werfen. Hätte die Regierung die Schulen so eingerichtet, daß wir wenigstens teilweise auf dem alten Geleise hätten weiterfahren können, so hätte sie sich unbeschadet ihrer Germanisationsbestrebungen gerade durch ihre Leistungen auf dem Gebiete der Schule die Achtung der elsässischen Kreise errungen. Aber so wie sie es angefangen, legt sie schon in das Herz des Knaben einen Zwiespalt, einen gewissen Oppositionsgeist, der dann, groß gezogen, dem jungen Manne die richtige Begeisterung für seinen Lebensberuf raubt. Es ist für uns ein großer materieller Schaden, wenn wir unsere Kinder nach Frankreich schicken, denn sie werden in Frankreich bleiben und so unserem Lande und unseren Geschäften verloren gehen. Aber es ist mir lieber, sie können dort ihre Gaben zur vollen Entfaltung bringen, als daß sie hier mit geteiltem Herzen und in einer Zwitterstellung verkümmern. Für den Frieden im Lande ist das nicht gut, denn sie werden durch ihre Uebersiedelung nach Frankreich nur die Spannung verschärfen, die seit dem Kriege von 1870 noch immer fortbesteht. Aber hierfür tragen wir die Verantwortung nicht allein; denn würde die Regierung auf uns, die wir früher dem Lande in hingebender Weise gedient, hören, anstatt sich nach den Aussagen einiger chauvinistischen deutschen Beamten zu richten, so wären bald die Hauptsteine des Anstoßes hinweggeräumt.

Verwandte Gesichtspunkte bringt auch die „Heimat" selbst in einem längeren Aufsatz: „Der Sprachenkrieg" (die drei Artikel finden sich in den Nrn. 19, 20 und 22 vom 6., 9. und 15. März). Im ersten Artikel lesen wir folgendes:

> Zur Zeit der Eroberung des Elsasses durch Ludwig XIV. kannten die Völker den „Sprachenkrieg", diese Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, noch nicht; damals ließ man noch einen jeden reden „wie ihm der Schnabel gewachsen war." Eine freundlichere Behandlung der französischen Sprache, als sie jetzt stattfindet, würde mit einem Schlage der deutschen Verwaltung eine ganze Reihe von tüchtigen, leistungsfähigen Landesbewohnern gewinnen und gewiß dem Bestehen des deutschen Reiches keinen Eintrag thun.
>
> Die deutsche Verwaltung betrachtete die französische Sprache unter folgendem Gesichtswinkel. Sie sagte sich: die französische Sprache ist der Kanal, wodurch französisches Wesen in die Bevölkerung eindringt. Dieser Kanal muß verstopft werden, und es müssen die Schleusen deutscher Bildung sperrweit geöffnet werden, damit deutsches Wesen das Reichsland überflute. Dieser Operationsplan, den man vor 25 Jahren in Berlin am grünen Tische entwarf, beruhte aber auf einer doppelten Täuschung. Einmal auf der, daß man es vergaß,

daß im Elsaß bereits germanisches Wesen vorhanden war, und daß die Ueberflutung mit norddeutschem Wasser die im germanischen Boden liegenden Keime nicht zur Entwicklung bringen, sondern sie durch Wasserüberfluß töten würde; zweitens ging man in Berlin von einer falschen Voraussetzung aus, indem man das Vorhandensein der französischen Sprache im Elsaß als eine Reichsgefahr betrachtete, die man abwenden müsse, während man sie als einen Reichsbesitz hätte ansehen sollen, den zu pflegen dem Reiche Vorteile bringen würde.

In einem industriellen Lande wie Elsaß-Lothringen wird das Verstehen einer fremden Sprache neben der Muttersprache selbst von dem Fabrikarbeiter nicht mit der Brille des Politikers betrachtet, sondern einfach als ein Besitz, als ein Kapital angesehen, womit man Geld verdienen, im Leben weiter kommen kann. Der „Sprachenkrieg", der im Elsaß geführt wurde, ging nun darauf hinaus, dem kleinen Manne diesen Besitz, mit dem er bisher Münze zu schlagen gewohnt war, gewaltsam zu entreißen, und darob der Aerger. (Dies wird sodann durch Beispiele zu veranschaulichen gesucht.)

Der zweite Artikel führt in seiner zweiten Hälfte aus:

Wir meinen so: Es muß in den Städten und in den großen Fabrikdörfern die Schule derartig ausgebaut werden, daß einem Teile der Bevölkerung Gelegenheit geboten werde, das Französische in genügender Weise zu erlernen, um es praktisch verwerten zu können. Das hat man in den vorgeschrittenen Kantonen der deutschen Schweiz gethan und dabei ohne Eintrag für die deutsche Sprache sehr günstige Resultate erzielt. Warum sollte dies bei uns unmöglich sein? Aber allerdings, anstatt nach Zürich und nach Basel zu gehen, um sich in den Schulfragen die nötigen Erfahrungen zu sammeln, reisen unsere Herren nach Berlin und lassen sich dort über die für unser Elsaß „gedeihlichen Maßregeln" belehren. Und dann kommen sie mit der Weisung zurück: man muß diesen verbissenen Franzosenköpfen das Handwerk legen. Franzosenköpfe sind nun aber unsere Arbeiter keineswegs. Im Gegenteil, sie sind sehr dankbar, daß ihre Kinder in der Volksschule ihre Muttersprache lesen und schreiben gelernt haben. Aber unter ihnen sind doch viel mehr, als man es meint, die entweder im französischen Heere gedient, oder in einer französischen Familie einige Jahre als Dienstboten zugebracht. Von dort her haben sie noch eine gewisse Kenntnis der französischen Sprache, auf welche sie mindestens ebenso stolz sind, als ein ausgedienter Soldat auf seine Medaille. Sie wissen, welche vielen Vorteile ihr bischen Französisch ihren Kindern gebracht, und sie möchten diesen Vorteil ihren Kindern nicht genommen sehen. Darum wünschen sie sehnlichst eine Wiedereinführung des französischen Sprachunterrichtes in der Volksschule; aber darauf wird ihnen immer wieder mit einem eisigen, schneidigen „Nein" geantwortet. In diesem Nein erkennen Weiterblickende einen Ausfluß des Diktaturgeistes, und sagen sich: Sollte uns Elsässern denn die Erfüllung einer heißersehnten Forderung versagt werden, die in den urdeutschen schweizerischen Kantonen erfüllt ist, und deren Erfüllung dort als eine Wohlthat empfunden wird? Eine einsichtige Regierung dürfte im eigenen Interesse hierin dem Volkswillen nach-

geben und lieber über den Willen einiger Schulherrn hinweg gehen, die für Einsprachensystem und sprachliche Verdeutschung des Elsasses schwärmen, als Tausende von wohlgesinnten Leuten vor den Kopf zu stoßen.

Gleich hier sei eingeschaltet, was jener „Engländer" über das Sprachkapitel unter „Straßburg" sagt („Heimat" Nr. 72, vom 25. Juli 1895, im Buche S. 63 f.):

In sprachlicher Beziehung hat sich überhaupt die deutsche Verwaltung im Elsaß etwas unbeholfen gezeigt. Sie fand, als sie ins Land kam, eine Mischung von deutscher und französischer Bildung. Anstatt sich nun zu sagen, daß diese Mischung, die sich nicht bloß in der Sprache, sondern auch in der Denkweise und Sitte kundgiebt, etwas geschichtlich Gewordenes ist, das man bei einem so begabten Stamme wie dem elsässischen nicht von einem Tag auf den andern abstreifen kann, sondern worauf weitergebaut werden müßte, hat sie das Elsaß zu einer urdeutschen Provinz ummodeln wollen, und dies namentlich in Bezug auf die Sprache. Daß man in den einen deutschen Dialekt sprechenden Landgemeinden hierin mit Energie vorging, ist durchaus begreiflich und gerechtfertigt. Daß man aber den höhern Schulen der Stadtgemeinden dasselbe zumutete wie den Dörfern, daß man hier nicht auf die vorhandene Bildung Rücksicht nahm, war zum allermindesten unvorsichtig und hat den Schulen in hohem Maße geschadet. In früheren Zeiten sollen die elsässischen Schulen Fremde aus der Ferne angezogen haben. Heute dienen sie nur noch den Elsässern und den Söhnen der im Lande ansässigen Beamten. Würde jetzt noch in ergiebigem Maße in den höhern Schulen französisch gelehrt, würde z. B. auf der Universität ein Lehrstuhl für französische Litteratur bestehen, in den Gymnasien und Realschulen in einigen Lehrfächern französisch vorgetragen werden, so würden gewiß zahlreiche Familienväter Altdeutschlands ihre Kinder nur aus diesem Grunde in das Reichsland schicken. So aber kommt niemand, denn man sagt sich: Wozu die Ausgabe? In einem märkischen Gymnasium oder auf einer bayerischen Universität ist ebensoviel Gelegenheit französisch zu lernen als in Straßburg. Der Zuzug fremder Elemente nach Straßburg hätte aber den großen Vorteil, die Elsässer aus ihrer Isoliertheit herauszuheben und würde in deutsch-nationaler Beziehung gewiß mehr nützen als die kleinliche Bekämpfung der französischen Sprache, die man auf Schritt und Tritt antrifft. Eine ganze Reihe von durchaus deutschfreundlichen Elsässern haben mir diese Gedankengänge vorgetragen, endigten aber immer mit dem betrübenden Nachworte: Wir haben das hundertmal den maßgebenden Persönlichkeiten der deutschen Verwaltung mitgeteilt, wurden aber jedesmal als Leute, die nichts verstehn können, kurz abgefertigt. Ich muß gestehen, daß mir als Fremdem diese eigentümlichen Erscheinungen geradezu rätselhaft sind. Auf der einen Seite bei den Elsässern die Klage, daß auf Erlernung der deutschen Sprache in den höheren Schulen nicht die Sorgfalt gelegt werde, die seiner Zeit die Franzosen der Erlernung des Französischen widmeten; auf der andern Seite bei den Deutschen die Be-

hauptung, daß durch eine umfassende Berücksichtigung des Französischen das Erlernen des Deutschen notleiden würde. Auf der einen Seite bei der deutschen Schulverwaltung das Bestreben, die Schulen in Elsaß-Lothringen zu heben und sie zu mustergültigen Anstalten umzuwandeln; auf der andern Seite die Unterdrückung dessen, was für weite Kreise die Anstalten wertvoll und zum Vorbilde deutscher Leistungsfähigkeit machen könnte.

Der dritte Artikel des „Sprachenkriegs" will zwar die deutsche Volksschule im Reichslande als eine verdienstvolle, großartige Leistung ansehen, sieht dann aber in der Gestaltung, welche die Volksschule in den wenigen welschen Dörfern unserer Vogesenthäler gefunden, einen Mißstand. In diesen Dörfern spreche außer dem Pfarrer, dem Schulmeister und einigen Zollbeamten kein Mensch deutsch.

„Wir haben immer die Schulen als Erziehungsinstitute angesehen, welche den Knaben, das Mädchen für die Familie, das Leben vorbereiten sollen. In jenen Thälern ist aber die Schule zu einer richtigen Verdeutschungsmaschine herabgedrückt worden. In die eine Seite dieses Apparates steckt man einen kleinen Franzosen hinein, und auf der anderen Seite soll ein kompletter deutscher Michel fix und fertig herauskommen. Leider klappen aber in der Maschine einige Federn und Räder nicht und aus der Maschine kommt etwas heraus, von dem der Franzose sagen würde: Ce n'est ni chair, ni poisson [das ist weder Fisch noch Fleisch]."

Zu dem hier ausgesprochenen Tadel können wir der „Heimat" am wenigsten folgen. Uebrigens brachte die Nummer mit dem ersten der „Sprachkrieg"-Artikel noch weitere Klagen darüber, daß die Polizei auch Eingriffe in Bezug auf die Sprache von Einladungskarten zu Vereinssitzungen, Firmenschildern, Friedhofinschriften und Namen mache, die man doch gern nicht der höchsten Regierung, sondern einer schlecht unterrichteten Beamtenschaft zur Last legen wolle. Auf der anderen Seite beschweren sich nun die „Alldeutschen Blätter" Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes" (1895, Nr. 7, S. 41 f.), daß die französische Presse, in welcher die französische Sprache ihren Hauptstützpunkt finde, sich immerdar vermehre; der „Gazette de Lorraine", amtlichem Organ französischer Zunge für den Stadt- und Landkreis Metz, sei eine weitere, in Paris erscheinende Sonntagsbeilage erlaubt worden, von Emile de Girardin gegründet, mit dem „sinnigen" Titel: „Le voleur illustré". Schon vorher habe der „Messin" (gleichfalls in Metz) durch eine Sonntagsbeilage „La famille" sich bedeutenden

Abonnentenzuwachs verschafft und nun habe auch der „Lorrain“ (ebenfalls in Metz) sich eine Sonntagsbeilage „Le Globe illustré“ erwirkt, die in Brüssel erscheint. Also lauter französischer bezw. belgischer Lesestoff. Und in der dem deutschen Sprachgebiet angehörigen Stadt Diedenhofen würden bei überfülltem Theater die üppigsten französischen Vorstellungen gegeben. So kommen die „Alldeutschen Blätter“ zu dem Vorschlage:

1) die französischen Vorstellungen in Metz werden eingeschränkt, in Diedenhofen aber gänzlich untersagt;
2) die im Reichslande nur in französischer Sprache erscheinenden Zeitungen haben bis auf weiteres in beiden Sprachen zu erscheinen, die jetzt zweisprachigen aber nur deutsch.

Der bezeichnete Artikel „Französisches aus Deutsch-Lothringen“ hat alsbald andere Kundgebungen hervorgerufen. In Nr. 9 („Französelei“) heißt es: dieser Aufsatz habe „den eigentlichen Grund, warum es mit der deutschen Sprache in den Reichslanden nicht vorwärts geht, gar nicht genannt. Der eigentliche Grund liegt nämlich nicht in den Francillons, sondern in uns selber und unserer krankhaften Neigung, fremde Sprache und fremdes Wesen über unser eigenes zu stellen. Man sollte doch nur einmal genau nachsehen und man wird wohl finden, daß die ‚Bis‘-rufer in den französischen Vorstellungen Diedenhofens zum großen Teil Reichsdeutsche sind, vielleicht sogar reichsländische Beamte.“ (Dieser Behauptung wird wiederum in Nr. 17, S. 90, wo übrigens auch über Leisetreterei geklagt wird, widersprochen.)

„Daß unter einem früheren Statthalter Elsaß-Lothringens die deutsche Sprache geradezu als Aschenbrödel behandelt wurde, ist in Straßburg noch in lebhafter und schmerzlicher Erinnerung.“ (Aber auch aus neuerer Zeit wird ein Fall angeführt, wo ein hoher Beamter des Reichlandes das Französische in einer gerade empörenden Weise bevorzugt haben soll. Vgl. „Alld. Bl.“ 1894, S. 187.)

Und die Verwaltung der Reichseisenbahnen von Elsaß-Lothringen nenne die niederdeutschen Städte Antwerpen, Gent, Lüttich und Brügge Anvers, Gand, Liège ꝛc.

„Es paßt hierzu“, fährt der Kläger (F.) fort, „was mir im letzten Winter eine junge Dame auf einem Balle mitteilte. Sie

sprach von den Bällen, die sie in Mülhausen mitgemacht hatte; besonders hatten ihr dabei unsere Offiziere gefallen; nur war es ihr aufgefallen, daß die Offiziere im Ballsaale so viel französisch gesprochen hatten. Auf meine Frage, warum sie wohl französisch gesprochen hätten, erhielt ich die Antwort:

‚Oh, es ist chic!!!'

Wenn jeder in den Reichslanden lebende Deutsche es sich zur Pflicht machte, freiwillig niemals ein Wort französisch zu sprechen oder auch nur anzuhören, und es sich angelegen ließe, bei jeder Gelegenheit zu zeigen, daß er die deutsche Sprache und Sitte für die vornehmere hält, dann würde es auch ohne Polizeiverordnungen mit dem Deutschen bergauf gehen; und wenn wir fortfahren, durch Französelei das Französische selber als die vornehmere Sprache anzuerkennen, dann wäre es ja widersinnig, von den Metzern das Deutschreden zu erwarten, und dann werden die Metzer sich auch durch den Polizeistock nicht deutsch machen lassen."

Paul Dünau bringt in den „Alldeutschen Blättern" 1895, S. 82 folgende Anekdote bei aus dem Anfang der achtziger Jahre:

Ein heller Sommertag! Die Sonne sendet ihre brennenden Sommerstrahlen auch in die menschenleere Judenstraße in Straßburg, und in einer Parterrewohnung an der Ecke der Zimmerleutgasse sitze ich bei offenem Fenster, nur durch die dichten Vorhänge geschützt, in das Lesen der eben eingelaufenen französischen Post vertieft.

Von der Münstergasse kommend dringt in die öde Stille des Sommernachmittags der sporenklingende, feste Schritt eines Militärs. Gleichzeitig bemerke ich, wie aus dem Thore des gegenüberliegenden Hauses des Unterstaatssekretärs v. P . . . eine sehr bekannte kleine Dame der höchsten deutschen Gesellschaft tritt und quer über die Straße schreitet. Gerade vor meinem Fenster trifft die kleine Dame mit dem Militär — dem biderben, echt deutschen Generalmajor v. B. — zusammen. Ich konnte ohne zu stören nicht mehr entrinnen, und so hielt ich mich denn während der sehr kurzen Unterredung still wie ein Mäuschen. Offen gestanden, war auch meine journalistische Wißbegierde rege geworden, um so mehr als es bekannt war, daß General v. B. nicht besonders entzückt sei von der „Deutschverleugnung", die, mit Bezug auf die Sprache wenigstens, im Hause des Vaters der Dame getrieben wurde. Ich rechnete darauf, daß irgend eine treffende Bemerkung des als schlagfertig bekannten Haudegens diese Deutschverleugnung illustrieren würde. Und ich wurde in meiner Annahme nicht getäuscht. Nach den üblichen Begrüßungen und dem Beginn der Unterhaltung, zu der auch selbstredend die große Hitze ihr Scherflein beitragen mußte, hob die kleine Dame nach kurzem Zögern etwas befangen an:

„Aber, Herr General, Papa und ich bedauern ungemein, daß Sie unsere Soireen gar nicht besuchen!"

Ein kurzes Räuspern des Generals.

„Auch ich bedaure diesen Umstand sehr, mein gnädiges Fräulein, allein ich bin leider nicht in der Lage, die erste Vorbedingung erfüllen zu können!"

„O, Sie scherzen, General, und welche könnte dies sein?"

„Spreche nicht genügend französisch! Habe die Ehre, mein gnädiges Fräulein, bitte mich Excellenz Papa freundlichst zu empfehlen."

In Nr. 12, S. 63 wird ausgeführt, daß ebenso wie in Lothringen auch im Elsaß die französische Sprache einen Hauptstützpunkt in der Presse französischer Zunge finde. Der Aufsatz endet folgendermaßen:

Wann wird sich endlich die Regierung entschließen, mit diesen französischen Blättern im deutschen Elsaß aufzuräumen? Wie wenig sie die Absicht hat, dieses zu thun, kann man z. B. daraus ersehen, daß sie noch jetzt für die Mitglieder des Landesausschusses die Vorlagen mit der Begründung ins Französische übersetzen und drucken läßt. Diese Uebersetzungen sind meistens sehr umfangreich; es befindet sich sogar ein Band von 424 Seiten darunter. Unter den Mitgliedern des Landesausschusses befindet sich aber wohl keiner, der noch nicht des Deutschen mächtig wäre. Wozu also noch den französisch gesinnten Notabeln dieses Zugeständnis machen?

Der letztgenannte Aufsatz enthält einige statistische Angaben aus dem Jahre 1892. Nach einer Erklärung, die die Regierung im Landesausschuß abgab, waren der Gemeinden, in welchen in französischer Sprache unterrichtet wurde, damals noch sehr viele, nämlich 33 im Unterelsaß mit 48000 Einwohnern, 24 im Oberelsaß mit 37000 Einwohnern, 378 in Lothringen mit 218000 Einwohnern, im Ganzen also 435 Gemeinden mit 303000 Einwohnern, bei denen das Französische nicht nur Unterrichtsgegenstand, sondern auch Unterrichtssprache war.

Ein Reisender erzählt („Alld. Bl." 1894, S. 191) wie eine ältere Frau hochdeutsch, aber ein wenig langsam, ihm sagt: „Das lernen sie jetzt in der Schule; wir haben unserer Zeit auch hochdeutsch lesen gelernt, aber wenn wir so sprechen wollten, haben es uns die Schulschwestern mit Ruten ausgetrieben ꝛc."

Gerade die „Alldeutschen Blätter" meinen (1894, Nr. 29, S. 119) doch einen deutschen Fortschritt konstatieren zu können. Die Pariser „Gesellschaft zum Schutze der Elsaß-Lothringer", welche noch lange nach dem Kriege über eine Jahreseinnahme von 500000 Franks verfügt habe, sehe diese Summe jetzt auf ein Fünftel zusammengeschmolzen, und

namentlich aus Elsaß-Lothringen selbst fließen Beiträge nur noch spärlich.

Während Mitte der siebziger Jahre 1426636 Eingeborenen 39734 Altdeutsche gegenüberstanden (abgesehen von den Garnisonen), stehen jetzt 1312427 Eingeborenen 282000 Eingewanderte gegenüber; 50000 Eingeborene, die von 1880 bis 1885 das Land verließen, sind durch 70000 zuziehende Altdeutsche ersetzt. Straßburg rechnet auf 70000 Altstraßburger 40000 Eingewanderte; Metz hat neben 21685 Altmetzern 28500 Altdeutsche. (Auf Zunahme der französischen Sprache wiesen dann wieder die „Alld. Bl." 1894, S. 176 [nach dem Nordhauser „Deutschen Tageblatt"] und S. 191 [s. o.] hin.)

Was die eigentlich politischen Verhältnisse angeht, so haben diese einen eigentümlichen Umschwung erfahren. Nach der Rückeroberung des Elsasses finden wir die, welche von Frankreich nicht lassen können, als Protestler. Hernach bildete sich unter dem Namen der Autonomisten eine der Regierung nicht unfreundlich gegenüberstehende Partei, „welche die Selbstverwaltung des Landes als erwünschtes Ziel auf ihre Fahne schrieb". Aber seither sind zwei andere Kämpfer in den Vordergrund getreten, nämlich Socialdemokratie und Klerikalismus, ein reichsländisches Centrum. Gerade das letztere verdient besonders in Betracht gezogen zu werden, wenn wir nun den kirchlichen Verhältnissen, konfessionellen und interkonfessionellen, unser Augenmerk zuwenden.

Einst war Straßburg eine der festesten Stützen des Protestantismus: die Namen Calvin, Butzer sind unauflöslich damit verknüpft. Kraft und Intelligenz des Volkes war und ist — auch nach dem Zeugnisse jenes „Engländers" — im protestantischen Teile desselben zu finden. Die Vertreter der geistigen Kultur, die in Straßburg ihren Sitz hatte: die Gelehrten, die Aerzte, die Pfleger des Unterrichtswesens waren der Mehrzahl nach Protestanten. „Das evangelische Volk des Elsasses", sagt die „Heimat" unterm 11. Mai 1895, „hängt noch mit ganzer Seele an seinen kirchlichen Einrichtungen." Man darf hoffen, daß in den Reichslanden überhaupt der neuerliche Zusammenschluß der fünf reformierten Konfessionen von Straßburg, Mülhausen, Markirch, Bischweiler und Metz zu einer Stärkung des kirchlichen Lebens nach innen und außen führen werde. Wer unter uns möchte nicht überhaupt all-

gemein jene Hoffnungen teilen, welche unter den Eindrücken der gewaltigen Erinnerungen aus dem Anfang des nun abgelaufenen Vierteljahrhunderts die „Heimat“ am 6. August aussprach: „So werden die kommenden 25 Jahre einen ganz anderen Charakter tragen, als die vergangenen. An Stelle des ängstlichen oder erbitterten Zurückhaltens auf der einen Seite und des übereifrigen, oft rücksichtslosen (?) Vorgehens auf der anderen, wird jetzt ein gemeinsames und fruchtbares Zusammenarbeiten treten müssen zum Wohle der gemeinsamen alten und neuen Heimat.“

Aber noch müssen wir die konfessionellen Verhältnisse genauer betrachten. Das „Mitglied des englischen Unterhauses“ schreibt (S. 66 f. seines Buches):

Unter sich leben die beiden Konfessionen bis jetzt in durchaus friedlichem Einvernehmen. Der Handwerker und Geschäftsmann kennt, Gott sei Dank, keinen Unterschied der Konfessionen. Leider ist nicht vorauszusehen, daß dieses friedliche Verhältnis, das sich, wie man mir sagte, seit den Zeiten der Revolution bis auf den heutigen Tag ununterbrochen fortgesetzt hat, noch lange andauern wird. Durch die Verbindung Elsaß-Lothringens mit dem größtenteils protestantischen Deutschland ist eben die Stellung der katholischen Geistlichkeit eine andere geworden als bisher.

Solange das Elsaß französisch war, war Straßburg nur die Präfekturstadt des Departements des Niederrheins, eines Landstriches, der unter den damaligen französischen Gebietsteilen den allergrößten Prozentsatz an Evangelischen besaß. Bildet doch jetzt in diesem Bezirke die protestantische Bevölkerung $^1/_3$ der Gesamtbevölkerung. Diese Protestanten hatten selbstverständlich infolge ihrer Bildung auch einflußreiche Beziehungen mit Paris, wo sie zahlreiche Gelehrte, hohe Militärpersonen und auch Verwaltungsbeamte zu den ihrigen zählten. Da die jeweiligen liberalen Regierungen in Frankreich sich gerne auf die Protestanten stützten, so fühlte man auch die Rückwirkung dieses Vorganges in Straßburg selbst, wo die Protestanten fast in allen städtischen Fragen den Ausschlag gaben. Seit der Annexion sind nun die Beziehungen mit der Centralleitung des Staates abgeschnitten. Zwischen Berlin und Straßburg ist kaum irgend welcher Gedankenaustausch. Zudem ist Straßburg selbst Hauptstadt geworden und Hauptstadt eines Gebietes, in welchem die Katholiken einen viel größeren Prozentsatz bilden als in dem früheren Departement. Die katholische Geistlichkeit Straßburgs, die früher ein verhältnismäßig zurückhaltendes, friedliches Benehmen zeigte, fühlte sich nun als die Vertreterin der ganzen reichsländischen Geistlichkeit veranlaßt, der Allmacht der römischen Kirche wieder auf die Füße zu verhelfen. Mit einem Scharfblick, wie er nur in bischöflichen und päpstlichen Kanzleien zu finden ist, erkannte man seitens der katholischen Geistlichkeit, daß die Verbindung des Elsasses mit dem evangelischen

Kaiserreich geradezu ein günstiger Zeitpunkt sei für die Stärkung der römischen Macht im Lande, und so hat man sich denn eben mit einer alles überbietenden Wucht (im Buche: Kraft) an die Arbeit gemacht, dem deutschen Reiche und der Landesverwaltung zu zeigen, daß man gesonnen sei, den eine Zeitlang anderswo ruhenden Einfluß für sich zu gewinnen.

Im Kapitel: „Colmar" (S. 31 f.) lesen wir:

Auf unsern Wanderungen kamen wir auch ins Kayserberger Thal, eines der romantischsten in den Vogesen und ein Thal, das mit den Reizen der Natur auch einen reichen Schatz an Erinnerungen aus alter Zeit aufzuweisen hat. In Kaysersberg selbst und in den gesegneten Dörfern und Städtchen, welche am Ausgange des Thales den Weinbau treiben, liegt die Wiege vieler namhafter Männer aus der katholischen Geistlichkeit. In Siegolsheim hat auch der langjährige und bekannte frühere Bischof von Straßburg, Räß, sich durch Gründung eines Kapuzinerklosters ein bezeichnendes und dauerndes Denkmal errichtet. Von dort aus kann man die Mönche in ihren langen, braunen Kutten Tag für Tag in die umliegenden Ortschaften pilgern sehen, wo sie dann in den Pfarrkirchen Predigten halten. Dieses Siegolsheimer Kloster ist mit dem Straßburger Kapuzinerkloster eine Abschlagszahlung, welche die evangelische Reichsregierung der katholischen Geistlichkeit für geleistete Dienste entrichtet, und wird in der Folgezeit der ersteren noch manche Schwierigkeiten bereiten. Sind doch diese Kapuziner dieselben Leute, die ehemals Ludwig XIV. ins Land rief, um das zur Hälfte protestantische Elsaß wieder in den Schoß der römischen Kirche zurückzuführen. Obgleich Colmar ehedem eine zur Hälfte protestantische Stadt gewesen, und obgleich dicht an die erwähnten Gemeinden sich ein durchweg protestantisches Gebiet anschließt, so ist doch das Colmarer Land im Begriffe, eine Hochburg des Klerikalismus zu werden, der seine Kräfte nicht so sehr in der Stadt selbst als gerade in jenen Gemeinden und in dem naheliegenden Rappoltsweiler Gelände sucht.

Betreffs Straßburgs macht der Verfasser (S. 60 f.) noch ein anderes Bedenken geltend:

Zu dem tritt aber noch ein anderer Umstand, der allzuwenig beachtet wurde, und der in der Folgezeit für die Universität geradezu verhängnisvoll werden dürfte. Den Katholiken des Landes und vorweg der Geistlichkeit ist die vom evangelischen Kaisertum ins Leben gerufene Anstalt ein Dorn im Auge. Sie wollen nicht, daß ihre Söhne dort einen Geist eingehaucht bekommen, der ihren schroffen ultramontanen Anschauungen stracks zuwiderläuft. So ist denn die Universität der Gegenstand der schärfsten Anfeindungen von dieser Seite aus geworden. Der Kampf gegen dieselbe wird aber in einer Weise geführt, der an Gemeinheit und niedriger Gesinnung alles übertrifft, und der im Hinblick auf die große Zahl derer, die ihn führen, mit der Zeit zum Ziele führen könnte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung, wenn sie einmal selbst ultramontan geworden sein sollte, unter dem Drucke der Hetzpartei sich in irgend

einer Weise an der Freiheit der Universität vergreifen würde. Vorläufig glauben ja die Vertreter der Universität im Vollbewußtsein ihrer Kraft vor dergleichen gesichert zu sein, aber bei all ihren hohen Kenntnissen möchte man doch auch im Zweifel sein, ob sie die Gefahr, die von Rom herkommt, in ausreichendem Maße erkannt. Jedenfalls ist es eigentümlich, daß bei dem Ansturme, der gegen die Universität unternommen worden ist, dieselbe sich in vornehmes Stillschweigen hüllt. Mir ist gesagt worden, daß man selbst in hohen Regierungskreisen sich über dieses Stillschweigen wundert. In elsässischen protestantischen Kreisen ist man schon ängstlicher, hat man doch die bitteren Erfahrungen früherer Jahre noch nicht vergessen. Aber wie auf anderem Gebiete, so verhindert auch hier die Zerfahrenheit der protestantischen Bevölkerung ein einflußreiches Vorgehen zum Schutze derjenigen Anstalt, die im Grunde nichts anderes ist, als die Tochter derjenigen, die in früheren Jahrhunderten die evangelische Kirche des Elsasses und mit ihr das Elsaß selbst groß gemacht.

Im Juni d. J. brachte der „Schwäbische Merkur" einen Artikel, der sich mit den berührten Verhältnissen in bemerkenswerter Weise beschäftigte:

Das Centrum und die Reichslande. Während man in Deutschland die Frage erörtert, ob die Deutschwerdung im Elsaß fortschreitet oder nicht, vollzieht sich in demselben ein Prozeß, dessen Folgen sowohl für das Elsaß, wie für das ganze Reich weit verhängnisvoller sein dürften, als eine noch mehrere Jahrzehnte andauernde, dem Deutschtum gegenüber gleichgültige Gesinnung der Reichslandsbewohner. Es ist dies der allmähliche Uebergang zum ausgesprochensten Ultramontanismus. Man wird sich noch erinnern, daß seiner Zeit der kluge Windthorst gegen die Verbindung des Elsasses mit Preußen auftrat und für die Unabhängigkeit der Reichslande eine Lanze brach. Man bewunderte damals die wohlwollende Gesinnung der kleinen Excellenz, vergaß aber, daß dieselbe hinter ihrem Wohlwollen einen wohlerwogenen Plan verbarg, nämlich den, das zu $^1/_3$ katholische Reichsland zu einer Stütze der Centrumspartei im deutschen Reiche umzugestalten. Was Windthorst erstrebte, das wird in den allernächsten Jahren zur Wirklichkeit geworden sein, und diese Umwandlung einer früher als die Stütze des Liberalismus geltenden französischen Provinz in einen Rom mit Leib und Seele ergebenen deutschen Bundesstaat gehört gewiß zu den bemerkenswertesten politischen Vorgängen der letzten 25 Jahre.

Nach den 70er Jahren hatte die deutsche Verwaltung in den Reichslanden keine erbitterteren Gegner als die katholische Geistlichkeit. Wohl waren die Vertreter der Großindustrie, die einflußreichsten Männer des Elsasses, Franzosen vom Scheitel bis zur Sohle, aber die unverhohlene Art und Weise, wie diese zu den ältesten protestantischen Geschlechtern gehörenden Männer ihre Liebe für ihr früheres Vaterland kund thaten, war viel weniger gefährlich als der heimliche, verbissene Unterwühlungskrieg, den die katholische Geistlichkeit gegen die deutsche Verwaltung führte. Durch den Wegzug

vieler Großindustriellen und durch den Tod ihrer bedeutendsten Führer erlahmte allmählich der Widerstand dieser Kreise, wogegen der Haß der Ultramontanen gegen die Vertreter des protestantischen Kaisertums eher zu- als abnahm. Da bot sich nach dem Tode des Bischofs Stumpf in Straßburg, der nur kurze Zeit den bischöflichen Stuhl an Stelle des alten Räß eingenommen, eine günstige Gelegenheit für die deutsche Regierung, dem Treiben der Geistlichkeit mit einem Schlage ein Ende zu machen. Gegen Zugeständnisse, deren Höhe und Gegenstand wohl nur in den Kanzleien Roms und Berlins bekannt sind, erlangte die deutsche Reichsregierung, daß in Straßburg ein Altdeutscher zum Bischof ernannt wurde. Vergeblich setzte die elsässische Geistlichkeit alle Hebel in Bewegung, um dies zu hintertreiben; vergeblich wandte man sich selbst an Frankreich, um auf den Vatikan einen Druck auszuüben; es half nichts; Berlin siegte trotz aller Ränke, die man gegen dasselbe anwandte. Adolf Fritzen, der Bruder des Reichstagsabgeordneten, wurde mit außerordentlichem Gepränge in Gegenwart des Fürst-Statthalters zum Bischof geweiht und eingeführt und nahm mit Selbstgefühl Besitz von dem alten bischöflichen Stuhl in Straßburg. Seit dieser Zeit änderten sich die Dinge im Elsaß. Die Geistlichkeit mußte sich beugen, und selbst Leute, wie der bekannte, thatkräftige Reichstagsabgeordnete Winterer von Mülhausen, mußten sich zurückhalten. War vorher das Vorgehen der katholischen Geistlichkeit ein planloses Ankämpfen gegen einen verhaßten Gegner, so galt es jetzt, die in den Händen des Gegners sich befindende Festung demselben zu entreißen. Es handelte sich darum, die Macht und den Einfluß, welche die Regierung in den Händen hatte, an sich zu reißen und Herr der Lage zu werden. Vor allen Dingen mußte die große Masse des Volkes gewonnen werden, um sich mit Hülfe derselben die Herrschaft im Lande zu sichern und alle Volksvertretungen mit ergebenen streng klerikalen Leuten zu besetzen. Zu diesem Zwecke wurden die jungen Geistlichen angehalten, wo es nur irgendwie anging Vereine und Männerkongregationen ins Leben zu rufen. Mit einem Zauberschlage entstanden in den verschiedenen Städten Vereinslokale, in welchen Jung und Alt gezeigt wurde, daß Rom auch für Annehmlichkeiten zu sorgen versteht, wenn dies seinen Zwecken dienen kann. Dann wurden von jenseits des Rheins tüchtige Volksredner gerufen, die in Verbindung mit heimischen Geistlichen den in solchen Dingen noch sehr unerfahrenen Reichsländern die Vorzüge der deutschen Centrumspolitik klar zu machen hatten. Als wirksamstes und nachhaltigstes Agitationsmittel wurde endlich eine Centrumspresse gegründet, die mit Hülfe der rührigen Vikare in kurzer Zeit das ganze Land überschwemmte. An der Spitze dieser Blätter steht der „Elsässer", eine Zeitung, für welche der klerikale Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen, der junge Abbé Müller-Simonis, eine großartige Druckerei errichten ließ. — Das nächste Kampfobjekt der klerikalen Partei im Reichslande ist nächst der Verwaltung, an die man sich noch nicht so recht heranwagt, die Schule, und zwar handelt es sich hier sowohl darum, auf die Universität einen Einfluß auszuüben, wie auch andererseits um die Beherrschung der Volksschulen und Gymnasien. Wer die katholische

Presse aufmerksam liest, wird kaum ein Blatt finden, in welchem nicht die Universität als eine durchaus unchristliche Anstalt gebrandmarkt wird oder Klage erhoben wird, daß in den Gymnasien der Prozentsatz der katholischen Lehrer dem Prozentsatze der Katholiken im Reichslande nicht entspreche, oder aber wieder eine Lanze gebrochen wird für vollständige Einführung konfessionell getrennter Schulen in den Städten, wo dies in der Volksschule noch nicht der Fall ist, und überhaupt in allen mittleren und höheren Lehranstalten.

Was thut nun die Regierung diesem Treiben gegenüber, das namentlich in Zeiten der Wahlen seinen Höhepunkt erreicht und dann an Dreistigkeit alles übertrifft? Man würde denken, daß sie in den ehemals maßgebenden protestantischen Kreisen ihre Stütze suchen würde, um mit Hülfe derselben und der weitherzigeren Katholiken dem Andringen des Klerikalismus einen Damm entgegenzusetzen. Dem ist aber nicht so; denn einmal sind die Protestanten so schlaff, gleichgültig und mit Blindheit geschlagen, daß bei ihnen von einer politischen Parteistellung keine Rede sein kann. Dann aber glaubt die Regierung immer noch bei den Katholiken etwas gewinnen zu können. Wo sie etwas fordern, wird es ihnen nach Möglichkeit gewährt, wenn es auch den Protestanten unerwünscht ist. Anstatt den Klerikalen ein deutliches „Bis dahin und nicht weiter!" vor die Augen zu schreiben, läßt man sich, wenn man so fortfährt, ein Stück nach dem andern aus der Hand reißen, bis dieselben dann mit einemmale das Gewand des Unterdrückten in das des rücksichtslosen, undankbaren Herrn umwandeln werden. Das wird der Lohn sein für die Verzichtleistung der katholischen Geistlichkeit auf ihre französischen Neigungen. Die thatsächliche Vollziehung dieser Umwandlung wird aber nicht so lange auf sich warten lassen, als man es glaubt. Bedenke man doch, daß durch die Verbindung Lothringens mit dem Elsasse zu einem Staatswesen das Verhältnis der Protestanten zu den Katholiken wie 1:5 geworden ist, bedenke man doch ferner, daß außer der Socialdemokratie im Reichslande keine organisierte Partei vorhanden ist, und daß endlich die einflußreichen protestantischen industriellen Kreise nach der Lostrennung von Frankreich eine gewaltige Menge geistiger Kraft an dasselbe abgegeben haben. Wohl ist der Protestantismus durch die deutsche Einwanderung gestärkt worden, aber er versteht es noch nicht, mit den Kreisen jenseits des Rheins Fühlung zu erhalten, und, was in Altdeutschland der Fall ist, das ist auch hier zu finden, er ist zerfahren und in Parteien zersplittert.

So wird sich denn der einsichtige Politiker von der traurigen Wahrheit überzeugen müssen, daß in absehbarer Zeit, wenn nicht bald Abhülfe geschieht, das Reichsland, die glorreiche Erwerbung des ersten evangelischen Kaisers im Deutschen Reiche, die Hauptstütze vatikanischer Eroberungsgelüste sein wird.

Es fragt sich — es wird wenigstens doch zu erwägen sein, ob hier eine Gefahr für das deutsche Reich liegt?

Und Befürchtungen dieser Art wenigstens sind es, die auch das „Mitglied des englischen Unterhauses" äußert:

Man kann nicht sagen, daß die Regierung des Landes diesen Thatsachen gegenüber die nötige Einsicht gezeigt. Schon dadurch, daß sie das katholische Lothringen mit dem stark protestantischen Elsasse verband, hat sie für spätere Jahre Kulturkampfstoff in Menge aufgehäuft. Aber noch mehr ist dies vielleicht dadurch geschehen, daß sie das klerikale Protestlertum von dem protestantischen Protestlertum nicht zu scheiden wußte. Das klerikale Protestlertum, der Widerstand der katholischen Geistlichkeit gegen die Annexion, erklärt sich aus zwei Ursachen, die bei dem protestantischen nicht zutreffen: einmal aus dem Aerger, der dadurch hervorgerufen wurde, daß das Elsaß mit dem überwiegend protestantischen deutschen Reiche verbunden werden sollte, dann aus der sozusagen französischen Bildung und Denkweise der katholischen Geistlichkeit. Das protestantische Protestlertum dagegen findet seine Quelle in dem regen Verkehr, den die Industrie-, Geschäfts- und teilweise auch Gelehrtenwelt mit Paris gepflogen. Das protestantische Protestlertum empfand es als eine Ehrenpflicht, den Freunden an der Seine, mit welchen es gearbeitet und gekämpft, treu zu bleiben, und man kann füglich dieses Gefühl nicht rundweg verurteilen. Indem die deutsche Regierung dieses letztere Protestlertum, das ihm allerdings viel zu schaffen gemacht, allzuschnell bekehren wollte, hat es dessen Hochmut und Stolz gereizt, während es wohl mit Geduld und Warten von selbst erloschen wäre. Beim katholischen Protestlertum dagegen hat die Regierung andere Mittel angewandt, die möglicherweise bei dem protestantischen mehr genutzt hätten als beim hartnäckigen Rom. Sie hat eine enge Verbindung zwischen den katholischen Kreisen Deutschlands und den elsässischen herzustellen gesucht. Auf den Bischofsstuhl in Straßburg wurde ein Altdeutscher gerufen, der vermittelst seiner weitgehenden Machtbefugnisse den Katholicismus von innen heraus verdeutschen sollte. Daß dies mit der Zeit zum Ziele führen wird, ist wahrscheinlich, noch wahrscheinlicher aber, daß die verdeutschte Geistlichkeit in Elsaß-Lothringen einst zu den verbissensten Centrumsleuten im deutschen Reiche gehören wird. Auch hier wäre es vielleicht klug gewesen, das französische Protestlertum nicht durch ein deutsches zu ersetzen. Nicht Angliederung der katholischen Bevölkerung Elsaß-Lothringens an die Centrumsleute Deutschlands kann ein Gewinn für das Reich sein, sondern einzig und allein die Ueberwindung des ultramontanen Geistes im Reichslande durch die Ueberlegenheit eines selbstbewußten, lebendigen, wohlwollenden aber doch festen deutschen Protestantismus.

Eben dahin gehen nun auch die Hoffnungen, welche, indem sie ablehnt, an ein fanatisches und unduldsames Vorgehen nach der Art Ludwigs XIV. zu denken, die „Heimat" (Nr. 68, 16. Juli 1895) ausspricht:

Wir meinen nun, daß die großen Gedankengänge der Regierung im neuerworbenen Lande die sein sollten, auch hier die geistige Macht

groß werden zu lassen, die Preußen und Deutschland selbst groß gemacht, und es zu verhüten, daß ein fremdes Unterjochungssystem ähnliches Unheil anrichte wie ehedem. Nur unter dieser Bedingung kann die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens und seine Loslösung von dem durch Roms Treiben so schwer geschädigten Frankreich einen sittlichen Hintergrund haben. Nur unter dieser Bedingung kann Elsaß-Lothringen wirklich ein Gewinn für Deutschland werden. Andernfalls wird der Siegespreis der siebziger Jahre nur dazu dienen, die den Reichsbestand untergrabenden Elemente zu vermehren.

Wie fast allenthalben, so ist auch in den Reichslanden die römisch-katholische Geistlichkeit ungemein rührig dabei, die Presse in den Dienst ihrer Kirche zu stellen.

Der „Volksfreund" stellt den Pfarrern und Vikaren darüber folgendes Zeugnis aus:

In der Presse hat die Geistlichkeit eine Stellung eingenommen, die ihrer Intelligenz, ihrer Vaterlandsliebe, ihrer Opferwilligkeit die größte Ehre macht. Sie hat größtenteils die sämtlichen katholischen Blätter unserer Provinz gegründet; sie redigiert dieselben und sucht ohne Rast und Ruhe sie zu verbreiten.

Der „Elsässer" zu Straßburg, das „Mülhauser Volksblatt", das „Journal de Colmar", der „Volksfreund", der „Arbeiterfreund", die „Heilige Familie", der „St. Nikolaus", die „Revue catholique", die „Theol. Studien", täglich erscheinende Blätter, Wochenblätter oder monatliche Erzeugnisse, stehen unter der Leitung von Geistlichen, die die saure Redaktionsarbeit übernommen haben.

Großartig und trostvoll ist das Aufwachen in unserm Klerus geworden, denn vor 1870 waren nur die zwei Wochenblätter, der „Volksfreund" in Straßburg und der „Volksbote" in Rixheim durch Geistliche geschrieben. Die Zeiten haben sich seither geändert und neue Pflichten sind an den Klerus herangetreten.

Das haben die Geistlichen sofort und mit sicherem Auge erkannt, und ohne Zögern haben sie sich an die Arbeit herangemacht. Gott segne ihre Mühen! Es geht besser, wenn schon manches auch betrübend ist: die Spreu fällt ab, der schöne, gesunde Weizen bleibt.

Die besten Ermutigungen sind ihm zu Teil geworden: Papst und Bischöfe haben ihren Segen dazu gesprochen. Doch das ist bei weitem nicht alles, was der elsässische Klerus in diesen letzten Zeiten für das Wohl des Volkes unternommen hat.

Was nun da auch abgezogen werden muß, so bleibt die Thatsache einer außerordentlichen und für die beabsichtigten Zwecke sicherlich nicht wirkungslosen Betriebsamkeit. Das Schulwesen zu beherrschen giebt sich die klerikale Partei alle erdenkliche Mühe. So sind (nach der „Magdeb. Ztg." vom 21. September d. J.) neuerdings regelmäßige Exercitien, die von Kapuzinern gehalten werden, für Lehrer und Lehre-

rinnen eingerichtet worden und der Klerus sorgt dafür, daß sie fleißig besucht werden. Außerdem ist den Geistlichen von der bischöflichen Behörde eingeschärft worden, möglichst fleißig von dem Rechte Gebrauch zu machen, den Unterricht in der Volksschule durch persönliche Anwesenheit zu überwachen. Ein besonderer Dorn im Auge sind dem Klerus die drei Bezirkslehrervereine, in denen seither die Konfessionen einträchtig nebeneinander an der Hebung der gemeinsamen Interessen des Volksschulwesens arbeiten. Von Zeit zu Zeit erscheint in den katholischen Blättern die Aufforderung, die katholischen Lehrer möchten sich von jenen Vereinen loslösen und zu konfessionellen Vereinen zusammenschließen — bisher noch ohne Erfolg.

Angeblich sollen von der reichsländischen Geistlichkeit manche jenseits der Grenze dabei gewesen sein, als anläßlich der für Frankreich allerdings tief schmerzlichen Erinnerungen dieses Herbstes der Bischof von Nancy eine wider Deutschland haßsprühende Rede hielt, gegen welche die folgende des Präfekten immerhin wohlthuend abstach.

Daß in einem Lande, wo Gegensätze der vorbezeichneten Art auftreten, es an wechselseitigen Beschwerden über Mangel an paritätischer Behandlung nicht fehlt, kann heute niemand wunder nehmen.

So finden wir protestantischerseits in der „Heimat" (Nr. 35 v. 25. April d. J.) eine Klage, daß zu Straßburg in den letzten Jahren achtmal mehr für den katholischen Kultus ausgegeben worden sei, als für den evangelischen. Wie dies in einer Stadt, die 61000 Katholiken und 58000 Protestanten zähle, möglich gewesen, sei kaum zu begreifen. Und schon munkle man von neuen katholischen Kirchen in Königshofen und Kronenburg. Ferner findet sich in Nr. 73 v. 27. Juli d. J. ein Befremden zwar nicht darüber, daß Bischof Fritzen auf weitere drei Jahre zum Mitglied des Staatsrats für Elsaß-Lothringen ernannt worden sei, wohl aber, daß nicht auch die protestantische Kirche, die früher ihren Vertreter in Professor Reuß gehabt habe und immerhin neben $^4/_5$ katholischer Bevölkerung doch 380000 Glieder umfasse, durch den Träger einer kirchlichen Würde, wie den Präsidenten des Direktoriums, im Staatsrat vertreten sei. Sodann ernsthafte Befürchtungen, die in letzter Stunde gehoben worden, daß nämlich zum Direktor der städtischen Töchterschule in Straßburg ein Katholik könne erwählt werden. Weil bei der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Metz der Bischof nicht reden wollte, darum durfte auch der Militäroberpfarrer des 16. Armeekorps nicht reden ꝛc.

Aber es handelt sich nicht bloß um Klagen wegen

ungleichmäßiger Behandlung*). Vielmehr wird auch hervorgehoben, daß die römische Geistlichkeit mehr als die der anstoßenden deutschen Länder von einer fanatischen, herausfordernd unduldsamen Gesinnung erfüllt sei, die zu den unliebsamsten Vorfällen Anlaß gebe. Da ist es einmal ein Katechismus, ein jesuitischer Kontroverskatechismus, unter dem Placet des Straßburger Bischofs erschienen, mit einem Nachtrage, der die Erfolge der Reformation darauf zurückführt, daß Luther den Fürsten Kirchengut, den Mönchen Weiber, dem gemeinen Volke Freiheit und Fleischeslust, Habsucht und Unbändigkeit gegeben habe; und in dem über unsere kirchlichen Einrichtungen gesagt wird: wir hätten einen Altartisch, der aber kein Altar sei; die Priester hingen sich ein Habit um, wie der eines Advokaten; der endlich den Kindern verkündet: dadurch, daß Luther den Geistlichen die Ehe erlaube, habe er sich einer unauslöschlichen Schmach wider die Sittlichkeit schuldig gemacht. Der Verfasser dieses schönen Büchleins: „Priester der Diözese Straßburg", hat sich nicht weiter genannt. (Soviel wir wissen, ist über diesen Katechismus soeben eine besondere Schrift in Vorbereitung.)

In Metz hat sich am 20. November v. J. ein Prozeß abgespielt, über welchen die „Lothr. Zeitung" folgendes berichtet:

> Angeklagt ist der katholische Pfarrer und Erzpriester Josef Hackspiel, 60 Jahre alt, geboren zu Bolchen, wohnhaft zu Diedenhofen. Folgendes ist der Thatbestand: Als am Sonntag, dem 1. April d. J., der Divisionspfarrer Liebe zu Diedenhofen in der dortigen Pfarrkirche den Militärgottesdienst für die katholische Militärgemeinde der Garnison Diedenhofen abhielt und grade mit Austeilung der heiligen Kommunion beschäftigt war, trat der Angeklagte, Erzpriester Hackspiel, aus der Sakristei hervor, stellte sich in der Nähe des Altars und der Kommunikantenbank auf und sagte mit lauter, erregter Stimme etwa: „Ist es denn möglich, daß Leute, die nicht kirchlich katholisch getraut sind, zum Tisch des Herrn zu gehen wagen! O Heiland, ich bitte Dich um Verzeihung für die Schande, die Dir angethan wird." Diese Worte bezogen sich hauptsächlich auf verschiedene katholische Frauen, die mit Unteroffizieren verheiratet und nur nach evangelischem Ritus getraut sind, und die bei

*) Daß es übrigens auch früher an römischem Zugreifen, an Erregung in Mischehen u. dergl. nicht gefehlt hat, dafür vergleiche Nr. 89, (VIII, 5) der Flugschriften des Evang. Bundes von Dr. Rich. Weitbrecht: „Angriff und Abwehr. Zur Geschichte der konfessionellen Polemik im 19. Jahrhundert. III. Bilder aus Einem Land." Dies Land ist das Elsaß.

jener Gelegenheit ihre Osterkommunion zu halten im Begriffe waren. Die Anrede des Erzpriesters verursachte begreiflicherweise eine große Erregung unter den Anwesenden; eine Unterbrechung der gottesdienstlichen Handlung fand jedoch nicht statt, da der amtierende Divisionspfarrer in seiner Amtshandlung ruhig fortfuhr, obwohl auch er, wie er heute als Zeuge bekundete, im Innern sehr erregt gewesen sei. Der Zeuge erklärte u. a. weiter, der Angeklagte möge sich nach Maßgabe der für ihn in Geltung befindlichen kirchlichen Vorschriften zu seiner Handlungsweise wohl für berechtigt gehalten haben; eine eigentliche Störung des Gottesdienstes habe nach seiner Ansicht nicht stattgefunden, jedenfalls sei sie von ihm nicht wahrgenommen worden, da er sich nach Beendigung der Kommunionausteilung sofort wieder dem Altare zugewendet habe. Von den als Zeugen vernommenen Frauen bekunden einige, daß der Erzpriester sie bei seiner Anrede scharf angesehen habe und sie sehr erschrocken gewesen seien. Der Angeklagte erklärte, er habe lediglich in Ausübung seiner Pflicht gehandelt, ohne irgend jemand verletzen zu wollen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt den Thatbestand des § 167 des Strafgesetzbuches — vorsätzliche Störung eines Gottesdienstes — für gegeben und beantragte eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger, Justizrat Stöver, machte geltend, daß der Angeklagte zu seiner Handlungsweise berechtigt und sogar verpflichtet gewesen sei, daß eine Störung des Gottesdienstes nicht stattgefunden habe und man höchstens von einer Beleidigung der betroffenen Personen sprechen könne. Er beantragte daher Freisprechung. Das Gericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten, weil er nur die Absicht gehabt habe, die nach seiner Ansicht Unberechtigten von dem Empfange der Sakramente abzuhalten. (Magdeburgische Zeitung, 24/12. 1894, Nr. 597.)

Sodann der Fall Klimbach, den die „Heimat" auf Grund eigens eingeholter Erkundigungen also schildert (Nr. 78, vom 8. August 1895):

Klimbach liegt $10^1/_2$ km westlich von Weißenburg. Wenn man die Höhen nördlich vom Geisberg überschritten, führt die Straße durch einen herrlichen Kiefernwald wohl eine Stunde lang bergauf, bis man bei einem Steinbruch den Bergkamm erreicht, hinter welchem sich in einer abgelegenen romantischen Thalmulde das Dörflein Klimbach befindet. Dasselbe liegt hinter einem Bergrücken versteckt, und erst wenn man denselben umgangen, sieht man die weißen Häuser und die neue, aus rotem Sandstein gebaute katholische Kirche. Die kleine, bescheidene protestantische Kirche verbirgt sich hinter ihrer stolzen, eben vollendeten Schwester. Die Bevölkerung, die Ackerbau treibt, zählt 130 Protestanten und 319 Katholiken und wird katholischerseits von einem im Dorfe wohnenden Priester, evangelischerseits von dem Pfarrer in Wingen pastoriert. In unmittelbarer Nähe der Gotteshäuser befinden sich die beiden Schulhäuser, die je von einem Lehrer und bei den Katholiken noch von einer Schulschwester bedient werden . . .

Nach einer alten, schönen Sitte pflegt während der Kreuzwoche die katholische Bevölkerung des Dorfes unter Führung der Geistlichen an drei nacheinanderfolgenden Tagen Bittgänge durch die Felder zu machen, um dieselben einzusegnen und um eine reiche Ernte zu beten. Der Segen dieser Gebete wird auf alle Felder ohne Unterschied der Konfession des Besitzers herabgefleht.

Am Mittwoch früh, den 22. Mai 1895, fuhr nun ein protestantischer Dorfbewohner mit seinem mit zwei Kühen bespannten Wagen, sein Pfeifchen schmauchend, zum Dorf hinaus, um Klee zu mähen. Um zu seinem Acker zu gelangen, mußte er durch einen schmalen Hohlweg fahren. Als der Bauer mit seinem Fuhrwerk sich bereits auf demselben befand, sah er von weitem die aus dem Felde zurückkehrende Prozession mit Fahnen und Kreuzen herankommen. Gutmütig, wie der Mann war, beeilte er sich, derselben Platz zu machen und lenkte zu diesem Zwecke sein Fuhrwerk auf eine Verbreiterung des Weges, die gewöhnlich zur Aufschichtung von Steinen benutzt wird. Dort stellte er sich vorn zu seinen Tieren, um jedwelche Störung zu vermeiden. Unterdessen war die Spitze des Zuges bis zum Wagen gekommen. Als die Schulschwester, welche die Kinder leitete, unsern Bauern erblickte, rief sie ihm gebieterisch zu: „Macht wenigstens die Pfeife aus dem Maul!" Nichts ahnend folgte der Bauer ganz ruhig dieser Aufforderung und ließ ohne ein Wort zu erwidern die betenden Kinder vorüber. Da nahte der Pfarrer im Zuge der Erwachsenen mit der Monstranz: „Hast du Spatzen unter der Kappe?" donnerte er den erschrockenen Bauern an, „da kann man als für euch beten, ihr Schweinehunde!" und schritt mit stolzem Amtsbewußtsein weiter. Ganz erschrocken und zitternd nahm der Bauer seine Mütze ab, schon meinend, er habe ein schweres Verbrechen begangen, und ließ den Zug zitternd vorübergehen.

Der Bauer, den wir persönlich gesprochen und der uns den Eindruck eines durchaus bescheidenen, harmlosen aber schüchternen Mannes machte, war von dem schroffen Auftreten des Priesters so betroffen und ergriffen, daß er den Vorfall für sich behielt und ihn erst zwei Tage später einem Bekannten mitteilte.

Weit entfernt, sein beleidigendes, empörendes Benehmen zu bereuen, rühmte sich dagegen der Pfarrer seiner That und äußerte einem Manne gegenüber, den wir ebenfalls gesprochen, daß er in einem ähnlichen Falle ebenso verfahren würde . . .

Die „Heimat" bringt sodann in folgender Nummer (10. August) ein zweites Kapitel:

In den Redaktionen und Kanzleien. Es ist natürlich, daß eine Beleidigung, die seitens eines Priesters während der Ausübung seines Amtes in so rücksichtsloser Weise ausgesprochen wurde, nicht unbemerkt bleiben konnte, umsomehr als dieselbe nicht einen einzelnen traf, sondern allen Protestanten zugedacht war. In einer gemischten Gemeinde, wo Protestanten tagtäglich mit Katholiken verkehren, mußte dieselbe noch ganz besonders verletzend wirken. Wie kann das friedliche Zusammenwohnen der beiden Konfessionen in einem Dorfe

ungestört bleiben, wenn der bezeichnete Vertreter der einen die Angehörigen der andern mit einem Ausdruck der Verachtung titulierte, den ein anständiger Mensch überhaupt nicht gebrauchen darf?

Die leitenden Persönlichkeiten der protestantischen Gemeinde sahen sich darum veranlaßt, der Angelegenheit näher zu treten. Es wurde zunächst der Vorfall einer Straßburger Zeitung mitgeteilt, durch deren gern gehörtes Sprachrohr man bei der Regierung etwas ausrichten zu können glaubte. Dieses Blatt zog es aber wahrscheinlich vor, den heiklen Fall dem Papierkorbe zu überweisen, denn das erste Schreiben ward in seinen Spalten nicht berücksichtigt. Erst ein zweiter Brief bewog es, aus seiner Gemütsruhe herauszutreten, und es erschien unter dem Datum des 30. Mai ein kleiner, abgeschwächter Artikel, in welchem von einer häßlichen Szene in Klimbach geredet wurde, „bei welcher angeblich beleidigende Ausdrücke gebraucht wurden, und zwar dieselben, die im Falle Feichter eine so große Entrüstung unter den Katholiken erregt hatten." Das Blatt fügte die Ermahnung hinzu, „bei solchen Gelegenheiten der unmittelbaren Berührung konfessioneller Gegensätze alles zu vermeiden, was zur Verschärfung dieser Gegensätze führen könnte."

Der Erfolg war auch der erwünschte. Denn am 9. Juni erschienen in Klimbach zwei Gendarmen, welche die Sache untersuchten, um sie dann in das stille Grab der Kanzleimappen auf Nimmerwiedersehen zu versenken.

Nun wandte man sich an die „Heimat", die am 11. Juni die ihr zugesandte Korrespondenz ungeschmälert zum Abdruck brachte, aber hiermit in den zuständigen Kreisen keine Beachtung gefunden zu haben scheint. Als man hieraus in Klimbach sah, daß jedwelcher Versuch, die weltliche Behörde zum selbständigen Vorgehen zu bewegen, überhört wurde oder doch wenigstens im Sande verlief, wandte man sich am 22. Juni an die evangelische Kirchenbehörde, das Direktorium Augsburger Konfession, mit der Bitte um Rat und eventuell um Ermächtigung zu einem gerichtlichen Vorgehen des Kirchenrates. Die Gemeinde glaubte, daß die Sache so einen beschleunigteren Fortgang nehmen würde. Als aber auch hier jede Antwort und Nachricht ausblieb, verlor sie die Geduld und wandte sich am 18. Juli wieder an die „Heimat" mit einer öffentlichen Anfrage an das Direktorium um Erläuterung des Sachverhaltes. Wie es scheint und wie unsere Leser aus unseren Mitteilungen vom 1. und 3. August ersehen haben, wollte die Kirchenbehörde nicht ganz müssig bleiben, denn einige Tage darauf bekam die Gemeinde Klimbach den von uns bereits gemeldeten Bescheid, daß die Sache dem Bezirkspräsidenten zur Untersuchung und Rektifizierung übergeben worden sei. So wäre denn der Bericht über die Angelegenheit nach den vielen Irrfahrten glücklich bis in die Amtsstube des Bezirkspräsidiums angelangt. Ob derselbe auch dort in den bekannten Mappen ein stilles Grab gefunden hat, wie die Protokolle der Gendarmen des Kreises Weißenburg, wird die Zukunft lehren.

Wir aber, die wir uns berufen fühlen, die protestantischen Interessen unseres Landes energisch zu vertreten, sowie auch die Gemeinde Klimbach, würden uns in keinem Falle mit einem solchen

Ausgang zufrieden geben können. Am 22. August verjährt der Termin zur Einreichung einer Klage. Ist bis dorthin die Sache nicht in einer befriedigenden Weise geregelt worden, so steht weder der evangelischen Kirchenbehörde noch auch der staatlichen Behörde ein Mittel zu Gebote, die der evangelischen Bevölkerung zugefügte Beleidigung zu ahnden. Und es müßte dann wieder gesagt werden: Ein römischer Heißsporn darf sich alles erlauben, weil man den Mut nicht hat, dem fanatischen Klerikalismus energisch entgegenzutreten.

Endlich in Nr. 82 vom 20. August kann gemeldet werden:

Ueber den Fall Klimbach schreibt der „Kirchenbote" und ungefähr gleichlautend mit ihm die „Straßburger Post":

Betreffs des „Klimbacher Falles", den wir in voriger Nr. besprochen haben, können wir heute mitteilen, daß laut eines an das Direktorium gerichteten und dem Presbyterialrat von Wingen-Klimbach zu übermittelnden Schreibens des Herrn Bezirkspräsidenten von Unter-Elsaß der Bischof von Straßburg den katholischen Pfarrer von Klimbach wegen seiner Beschimpfung der Protestanten „rektifiziert".

Zu allem, was Lebende trifft, kommen aber die fast unausgesetzten Verdrießlichkeiten, ja Aergernisse an den Gräbern:

Es kann umsomehr Umgang genommen werden von einer Aufzählung aller einschlagenden Fälle, als der frühere Diedenhofener Pfarrer Völtzel, jetzt Pfarrer der deutsch-reformierten Kirche in Kopenhagen, in seinem Büchlein: Kirchhofskandale in Lothringen (Barmen 1894, D. B. Wiemann) eine Reihe der empörenden Vorgänge zusammengestellt hat. Da werden Gräber beschädigt, Kreuze weggerissen — einen weiteren Fall berichtet die „Straßburger Post" aus „Kolmar, 21. Februar" — oder aber die Särge werden, statt zur Thür hinein, über die Kirchhofsmauer hinüber und in die Selbstmörderecke geschafft — auch hier ein neuer Fall („Heimat" Nr. 46, vom 21. Mai d. J.), wobei der Bürgermeister sich auf den Priester und der Priester sich auf den Bürgermeister bezieht, indem der Priester doch durchaus liberal und tolerant sein will. Thatsächlich hat er den Bürgermeister instruiert. Allzuoft kann der evangelische Geistliche seines Amtes am Grabe warten nur unter dem Schutz der Gendarmerie.

Die elsaß-lothringische Diaspora, welche von peinlichen Dingen dieser Art betroffen werden kann, setzt sich, wie wir aus einem Berichte des Schriftführers des Straßburger Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung, Herrn Generalsekretär Küß, entnehmen, folgendermaßen zusammen*):

*) Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung sind von 1697 Gemeinden 522, also fast das Drittel, ausschließlich katholisch, während nur 16 Gemeinden ausschließlich protestantisch sind.

Am dichtesten ist die protestantische Bevölkerung im Unter-Elsaß. Hier beträgt die Diaspora nur 3752 Seelen in 179 Gemeinden. Selbst von diesen befinden sich 1403 in 102 Gemeinden in solcher Nähe der bestehenden Pfarreien, daß sie von diesen aus ohne erhebliche Mühe pastoriert werden können. Besonderer Fürsorge bedürfen deshalb nur 2349 zerstreut lebende Protestanten in 77 Gemeinden, für welche 10 Pfarrer oder Hülfsgeistliche thätig sind.

Im Ober-Elsaß befinden sich 6691 zerstreut lebende Protestanten in 252 Gemeinden, wovon 4930 in 180 Gemeinden auf das reformierte Konsistorium Mülhausen entfallen, welches selber für die Pflege seiner Diaspora aufkommt. Außerdem sind 410 Seelen in 21 Gemeinden vorhanden, welche so nahe bei Pfarreien der elsässischen Landeskirche liegen, daß sie an diese zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse sich anschließen. In der Pflege des Gustav Adolf-Hauptvereins befinden sich demnach in Ober-Elsaß nur 1351 Seelen in 51 Gemeinden, welche durch 4 Pfarrer oder Pfarrverweser pastoriert werden.

Endlich aber der Bezirk Lothringen mit 8935 zerstreuten Protestanten in 835 Gemeinden. Hier sind 20 Pfarrer, Hülfspfarrer und Vikare im Dienste der Diaspora thätig.

Die Zahl der zerstreut lebenden Protestanten in Elsaß-Lothringen überhaupt beträgt also 19373 Seelen in 816 Gemeinden.

Davon sind auf die Pflege des Hauptvereins Straßburg somit im ganzen angewiesen 12635 zerstreut lebende Protestanten in 513 Gemeinden, denen 34 Geistliche dienen.

Es fragt sich, ob für diese Zerstreuten eine nationale oder konfessionelle Gefahr, ihrem Vaterlande oder ihrer Kirche verloren zu gehen, vorhanden ist. Ohne Frage ist die letztere Gefahr infolge der Gründung einer ganzen Reihe evangelischer Pfarrsprengel erheblich gemindert worden. Auch wird uns glaubhaft geschrieben, daß seit dem Regiment Hohenlohe in die Schulen vielfach ein anderer Geist gekommen, namentlich auch das deutsch-patriotische Lied mehr gepflegt werde. Doch aber sind evangelische Arbeiter, in ganz oder fast rein römische Gemeinden verschlagen, evangelische Förster, Steuer-, Bahn-, Berg-Beamte, Gendarmen, in durchaus römische Ortschaften versetzt, in hohem Maße übel daran, für die Pflege ihres religiösen Bedürfnisses, noch mehr für das ihrer Kinder und für deren nationale Erziehung. „Noch immer", so schreibt man aus der Diaspora des Kreises Diedenhofen und um Metz her, „ist das Vorurteil nicht überwunden, daß wir keine Christen seien Noch immer erlauben sich katholische Lehrerinnen vor den Ohren der ihnen anvertrauten Kinder und sogar in Anwesenheit der vereinzelten protestantischen

Schüler abschätzige Bemerkungen über den Protestantismus. — Auf der Gasse spricht alles französisch. Ganz verwelscht ist es noch in Fentsch, wo wir keine evangelische Schule haben. Da sprechen unsere deutschen Kinder französisch. Selbst evangelische Väter sind da so schwach, — aus reiner Eitelkeit — ihre Kinder französisch parlieren zu lassen. Es kommt vor, daß die deutschen Eltern die eigenen Kinder nicht verstehen." Auch die ganze politische Denkungsart der Grenzbevölkerung ist für die Entwickelung und Behauptung nationaler Gesinnung gefährlich. Sind die einen — es ist die Mehrzahl — franzosenfreundlich, so sind die anderen, die vielen Arbeiter verschiedener Nationalität, Italiener, Luxemburger, Belgier — international gesinnt. „Tête allemande, Sal prussien" sind oft gehörte Schimpfwörter. Ich glaube, es ist mit Recht gesagt: „Das alles kann auf schwache Gemüter, auf unselbständige Leute entnationalisierend wirken." Oft genug werden die Beziehungen „protestant" und „prussien" promiscue gebraucht. „Seit die Protestanten im Lande sind", sagt ein katholisches Fräulein, „bekommen wir fortwährend neue Gesetze." — „Bist du ein Deutscher?" wird ein Knabe gefragt, und er giebt die Antwort: „Nein, ich bin katholisch!" Summa: es giebt hier deutsche und protestantische Interessen zu wahren*).

Eine Reihe von Einzelfällen der aus den angegebenen Verhältnissen sich ergebenden Notstände kann man beispielsweise in den Jahresberichten der rheinischen Diaspora-Konfirmanden-Anstalt auf dem Schmiedel bei Simmern lesen. Nur einiges sei herausgegriffen. So der Brief eines weit südlich von Metz stationierten Grenzbeamten aus dem Jahr 1886:

> In meinem früheren Stationsort wurde mir von Herrn Prediger Carsted aus Diedenhofen der Antrag gestellt, meine schulpflichtigen Kinder in die dortige Anstalt zu bringen, da ich aber hierher versetzt wurde, unterblieb es. Die Schule ist aber hier sehr schlecht und alles stockkatholisch, und da ich über 15 Kilometer von dem Pfarrorte D. entfernt bin, sind meine Kinder ohne jeglichen Religionsunterricht geblieben. Von meinen sieben Kindern ist das

*) Die „Magdeburger Ztg." bringt Ausgang Juli vom 28. d. Mts. eine Notiz „Vom Bistum Metz", an deren Schluß es heißt: „Bis jetzt hat das Bistum Metz in Bezug auf seine gesammten Einrichtungen und namentlich hinsichtlich der Erziehung der jungen Geistlichen ganz das französische Gepräge erhalten."

älteste bereits 13 Jahre alt, und es wäre die höchste Zeit, es nach der dortigen Anstalt zu bringen, wenn der Unterhalt nicht zu teuer käme. Es ist ein wirklich betrübender Zustand hier; die Kinder wachsen ohne jegliche Schulbildung (religiöse) auf, und von Gottesdienst haben sie keine Ahnung. In der Schule werden sie der evangelischen Religion halber von den Schulschwestern zurückgesetzt, und ich weiß einige, die dieses verhüten wollten, ließen sie die Kinder katholisch taufen, welches mir von den Schulschwestern auch angetragen ist. In der Hoffnung, daß Sie mir in meiner bedrängten Lage Ihre Hülfe nicht versagen, bitte ich um baldige Antwort, damit ich weiß, wie ich mich zu verhalten habe, und ob ich hoffen darf, meine Kinder dort unterzubringen.

Oder eine Mutter, ebenfalls in Lothringen, aber vom fernen Ostseestrande stammend, schreibt:

Ersuche freundlichst mir mitteilen zu wollen, ob der Aufnahme unserer Tochter in Ihrem schönen Institut nichts im Wege steht resp. unter welchen Bedingungen sie erfolgen könnte. Da wir evangelisch sind, so leben wir hier in den denkbar schlimmsten Verhältnissen, und wir würden uns von unserem einzigen Töchterchen nicht trennen, wenn wir nicht fürchten müßten, daß je länger wir hier bleiben, je größer der Einfluß der katholischen Umgebung wird. Das Kind ist durch unsern beständigen Aufenthalt auf dem Lande nur in katholischen Schulen gewesen und hat überhaupt noch keinen evangelischen Religionsunterricht genossen außer der Anleitung im Elternhause. Das Kind in ein großes evangelisches Pensionat zu geben, reichen unsere Mittel nicht aus, auch möchte ich mein Kind immer einfach, bescheiden und in wahrer Gottesfurcht erzogen wissen. Die uns bekannte N. fühlt sich so glücklich bei Ihnen, das hat auch uns den Mut gegeben, unser Töchterchen so jung Ihnen anzuvertrauen . . . Der Katholicismus hier hat mich zum Verständnis des großen Reformators Luther geführt und zur Liebe zu unserem evangelischen Glauben.

Im Berichte von 1891 findet sich ein Briefauszug, geschrieben von einem Vater in Lothringen, dessen Heimat im Königreich Sachsen ist, während die Frau aus der Provinz Sachsen stammt:

Meine älteste Tochter ist bereits 12 Jahr alt. Da wir protestantischen Glaubens sind, möchten wir doch auch gern, daß unsere Kinder in diesem Glauben erzogen werden und bitten um Aufnahme der ältesten Tochter bei Ihnen. Wir sind hier von allem evangelischen Gottesdienst ausgeschlossen, denn bis Metz haben wir 22 Kilometer. Wenn ich nun auch des Sonntags vormittags einige Kapitel aus der Bibel oder aus dem Gesangbuch lese, so fehlt Unsereinem doch die Gabe, Kinder zu unterrichten.

Wieder in einem anderen Gesuch heißt es:

Seit drei Jahren bin ich in einem kleinen, an der äußersten Westgrenze des deutschen Reiches gelegenen Orte mit vollständig katho-

lischer Bevölkerung stationiert, und da ich mit meiner Familie der protestantischen Religion angehöre, so stellen sich mir hier namentlich in betreff meiner schulpflichtigen Kinder unüberwindliche Hindernisse entgegen, indem den letzteren gar keine Gelegenheit geboten ist, den protestantischen Religionsunterricht zu besuchen, und ein Knabe ist 13, das Mädchen 12 Jahre alt.

Wiederum der Brief eines Vaters aus Lothringen:

Mein Sohn hat jetzt zwei Jahre die hiesige Schule besucht. Da er allein evangelisch war, entstanden oft Streitigkeiten zwischen ihm und den Kindern, wobei er mit verschiedenen Namen, welche sich auf unsere Kirche bezogen, beschimpft wurde. Alle diese Sachen ließ ich mir gefallen. An einem Sonntage waren die Kinder am Bach, jetzt griffen sie meinen Sohn, um ihn ins Wasser zu werfen; sie sagten, er sei eine Heide und müsse getauft werden. Am Montag wiederholten sie den Akt in der Schule und gossen ihm eine große Tasse Wasser über den Kopf und sagten: „So, jetzt bist du getauft." Seit dieser Zeit wollte er nicht mehr hier zur Schule. Der Lehrer sagte, es sei während seiner Abwesenheit geschehen und gab das Versprechen, er würde die Kinder bestrafen, es solle nicht mehr vorkommen. Statt die Kinder zu bestrafen, nahm er meinen Sohn vor und schlug ihm einige über den Kopf. Hierbei sagte er, wenn du deinen Eltern wieder sagst, du hast Schläge bekommen, so schlage ich dich kaput. Dieses sind die Gründe, warum ich mein Kind fortschicken muß. Der katholischen Kirche übergebe ich meine Kinder nicht, wie es der N. mit seinen fünf Kindern gemacht hat. Sie waren evangelisch, weil er aber viel Aerger mit dem Lehrer und dem Pfarrer gehabt hat, und in der Umgegend keine evangelische Schule war, ließ er sie katholisch werden.

Hier also, wie zufällig, eine Kunde von fünf der evangelischen Kirche verloren gegangenen Kindern!

Nur noch einen letzten Fall aus dem jüngsten Bericht. Der Hausvater, Karl Röhrig, erzählt:

Ein Grenzaufseher wohnt in Süd-Lothringen mitten unter fremdsprachlicher Bevölkerung. Frau und Kinder sind die einzigen Evangelischen im Dorfe, wahre Meerwunder. Der Mann ist bei Magdeburg, die Frau bei Ansbach geboren, die Kinder in München. Evangelischer Gottesdienst ist in der neuen Heimat, die aber Fremde bleibt, kaum zu erreichen. Schon vier Jahre konnten Mann und Frau nicht mehr zum Abendmahl gehen —; an evangelischen Religionsunterricht für die Kinder ist nicht zu denken. Da der katholische Geistliche sie am Unterricht in der biblischen Geschichte nicht teilnehmen läßt, zudem der Religionsunterricht in der französischen Sprache erteilt wird, so bleiben sie in religiösen Dingen vollständig unwissend. Was soll aus den Kindern werden? Glücklicherweise hört man von der Konfirmanden-Anstalt hier, und sie nimmt gegen geringes Pflegegeld den ältesten Sohn auf. Erfreut schreibt er Eltern und

Geschwistern, daß er nun jeden Sonntag zur Kirche gehen kann und viel lernt. Nach Jahresfrist ist auch der Bruder herangewachsen, und es ist notwendig, daß auch er in fruchtbaren Boden verpflanzt wird. Da der Vater sich scheut, schon wieder zu bitten, schreibt die Mutter: „Hören Sie doch auf ein armes Mutterherz, und nehmen Sie auch unsern zweiten Sohn. Der Junge lernt weder Deutsch noch Französisch.“ Wir sagen zu und ermäßigen das jährliche Pflegegeld auf 75 Mk. für jedes Kind und erhalten folgende Zeilen: „Welche Freude, als wir lasen, daß auch unser O. könnte aufgenommen werden. O, sehr geehrter Herr Röhrig, wenn möglich bis zum 1. Oktober, je eher, desto lieber. Wie machen Sie ein Mutterherz glücklich. Ich und mein Mann wollen sparen und arbeiten, wenn unsere Kinder nur vom lieben Gott können lernen*).“

Pfarrer Wendlandt in Hayingen rechnet, daß an der langen lothringischen Grenze 90—100 evangelische Kinder ohne Religionsunterricht bis auf den kurzen Konfirmandenunterricht aufwachsen. Er denkt an die Anstellung eines Wanderlehrers, dessen Unterhaltung einschließlich der Reiseausgaben wohl 2000 Mark erfordern würde.

Die Gefahr, die aus all jenen Briefen uns entgegentritt, zu bannen, wird es sich darum handeln, thunlichst viel, thunlichst bald evangelische Kirchen und evangelische Schulen in genügender Anzahl in jener Diaspora (Avricourt, Gr.-Moyeuvre ꝛc.) zu erstellen. — Vorbildlich der Kauf des Schloßes Urville, der Bau der Kirche in Kurzel durch Se. Majestät den Kaiser! — Was Pfarrer Dr. Gerbert aus Saarburg, der soeben in Hannover bei der letzten Gustav Adolf-Versammlung die große Liebesgabe davon getragen, das Jahr zuvor in Darmstadt uns zurief, das gilt von der Pflege dieser reichsländischen Diaspora überhaupt:

Als unser Kirchenbauplan gesehen wurde von einem katholischen Priester, da sagte er zu dem Baumeister: „Schön, bauen Sie nur zu, sie gehört ja doch bald wieder uns“. Das sagt der Führer der Reichstagsabgeordneten in Lothringen: sie gehört bald wieder uns! Nicht weil er glaubt, daß der Katholicismus vordringen werde, nein, er glaubt, weil die Franzosen bald wieder kommen und dann die deutsche Gemeinde zerstiebt. Es ist ein eigen Ding, wenn man über die Gräber wandelt, die um Straßburg bis Metz hin zerstreut sind. Wenn man das Gras hoch wachsen sieht an diesen Gräbern, da muß ich denken: die Erde bezahlt den Blutzins, den sie eingenommen hat im heißen Ringen für das deutsche Vaterland; und was die Erde thut, daß sie keimen läßt die Saat in nie geahnter

*) Geldgaben zur Erhaltung der Konfirmandenanstalt auf dem Schmiedel nimmt Herr Pastor Terlinden in Duisburg an.

Weise, sollten das die Herzen in Deutschland nicht thun können? Ich denke, der Blutzins ist auch für Sie alle gegeben worden. Sie haben uns die Brüder, die Schwestern, alle die Nachkommen geschickt, sie sind uns zugeflossen und wir wollen für sie arbeiten; aber wir können ja nicht allein, Sie müssen mithelfen, Sie sind Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein. O liebe Glaubensgenossen, Ihr könnt Euch nicht denken, wie es wirkt, wenn man durchziehen muß in das Französische hinein, und muß da hören: seid ihr denn auch Christen? Glaubt ihr auch an einen Gott? Und nicht wahr, ihr seid ein Deutscher? Ja ich bin's und will es bleiben, wenn es Gottes Wille und Gnade und Barmherzigkeit giebt, und wenn Ihr uns helft. Wir brauchen nichts anderes mehr, alles ist erledigt — wenn Sie uns helfen, liebe Glaubensgenossen, dann könnten wir bauen. Das wäre eine kirchenpolitische hochwichtige That, wäre eine Stütze für die zerstreuten, für die bedrängten Glaubensgenossen, und der Turm würde in das Land hinausrufen mit seinem Glockenklang: Ihr seid nicht vergessen in den Bergen, ihr seid zu uns gehörig und euer haben wir gedacht in Alt-Deutschland. Und wenn Sie uns helfen, dann will ich weiter und weiter meinen Spruch sagen, der mir im Herzen klingt: Deutsches Sinnen, deutsches Minnen, deutsches Leben, deutsches Reden, Gottes Wort und deutschen Glauben soll kein Papst, kein Teufel rauben. Gott helf's!

Es liegt, streng genommen, nicht in der gestellten Aufgabe, auch nach der Nordgrenze hinaus zu schauen. Doch möchte ich wenigstens im Vorübergehen an der Hand der „Alldeutschen Blätter" (1892, S. 28 ff.) einen kurzen Blick dorthin werfen. Bis zum Jahre 1806 bezeichnete ein Stein an der Eider (in der Stadt Rendsburg) die Grenze des heiligen römischen Reiches. Dieser Stein trug die Inschrift: „Eidora romani terminus imperii". Heute reicht die Nordmark des deutschen Reiches bis zur Königsau hinauf. Wo dieses Flüßchen nicht selbst die Grenze zieht, wurde sie seit 1864 durch Grenzpfähle angedeutet. Seither hat man der Dauerhaftigkeit wegen Steine vorgezogen und deren sind um die Jahreswende 1892 neue — 128 — aufgestellt worden. Wenn ein deutsches Blatt darin eine Bürgschaft für die Dauer der jetzigen Grenzlinie erblicken zu dürfen glaubte, so wurde dänischerseits erwiedert, diese Steine könnten auch weiter südlich wieder Verwendung finden. Beide Kundgebungen lassen in eine Kluft schauen, welche die Reihe der Jahre noch nicht ausgefüllt hat: der Deutschgesinnte hofft, daß Schleswig-Holstein „upp ewig ungedeelt" für immer mit Deutschland verbunden bleibe; die dänische Protestpartei rechnet immer noch auf Schleswigs Wiedervereinigung mit

Dänemark. Alljährlich noch werden auf dänischem Boden Verbrüderungsfeste gefeiert, erscheinen in Schleswig dänische Studenten und Schwärme von Vergnügungsreisenden, besonders in Hadersleben. Mehrmals haben sich die Landräte des Kreises Sonderburg veranlaßt gesehen, dänischen Schiffen, welche mit dänischen Touristen vor Sonderburg ankamen, die Landung zu verweigern, natürlich zum Verdruß der Geschäftsleute, während sonst die Meinungen der Kreiseingesessenen über diese Maßnahmen geteilt waren. Dänische Schauspieler haben aus Hadersleben ausgewiesen werden müssen. Von den Geistlichen der Propstei Sonderburg sind an die Schleswigsche Provinzialsynode Anträge gestellt worden, welche zur Förderung des Religionsunterrichts dänische Sprachstunden dem Lehrplan eingefügt wissen wollten. Einzelne Lehrer auf Alsen hatten eine Gegenpetition eingereicht. Die Provinzialsynode, welche sich vor eine verantwortungsvolle Entscheidung gestellt sah, wich derselben aus, indem sie in einer Resolution die Hoffnung aussprach, die Staatsregierung werde, sofern für den Erfolg des von ihr angeordneten Religionsunterrichts sich dies als notwendig herausstelle, die erforderlichen Einrichtungen treffen. Erneute Anträge in gleicher Richtung hat die folgende Provinzialsynode mit 63 gegen 23 Stimmen zurückgewiesen. (Alld. Bl. 1895, S. 5 f.) Daß trotz aller Gegenbestrebungen das Deutsche Fortschritte macht, zeigt sich bei den Rekrutenaushebungen, wo 1880/81 bei 3807 Ausgehobenen sich 67 mit dänischer Bildung befanden, 1886/87 bei 4029 nur mehr 50, 1889/90 bei 3966 aber nur mehr 20. Der „Deutsche Verein für das nördliche Schleswig" hat erfreuliches Wachstum gefunden. Aber allerdings sind seine Bestrebungen not. Noch fürs laufende Jahr ist in Apenrade (also in Deutschland!) ein Kalender des dänischen Sprachvereins erschienen, mit einer Frauengestalt auf dem Rückumschlage, welche eine Karte hält, auf welcher nicht nur jede Grenzbezeichnung zwischen Preußen und Dänemark fehlt, sondern auch der größte Teil von Schleswig bis nach Flensburg hinunter als ein Teil von Jütland bezeichnet wird.

1894 hat die „Nord-Ostsee-Zeitung" (vgl. „Alld. Bl." 195 f.) einen Aufruf veröffentlicht, welcher, auf die aller Warnungen ungeachtet fortlebende Auswanderungssucht hinweisend, darauf aufmerksam macht, daß in dem durch die

dänische Agitation so entvölkerten Nordschleswig noch Platz für Tausende von arbeitsamen deutschen Bauern ist, die mit verhältnißmäßig geringen Mitteln sich hier eine gesicherte Existenz schaffen können. Alle diejenigen Landleute, die einige Mittel besitzen, sollten sich, ehe sie sich zur Auswanderung in ferne Länder entschließen, persönlich von den Verhältnissen in Nordschleswig überzeugen, wozu sich ihnen ohne allzu viel Kosten leicht Gelegenheit bietet. Sie werden dann einsehen, daß die dortigen Ankaufsbedingungen sehr vorteilhaft sind, und mögen eingedenk sein, daß sie durch Ansiedlung dorten unter dem Schutze des deutschen Reiches verbleiben. Der deutsche Ansiedlungsverein zu Rödding in Nordschleswig erteilt Auskunft, vermittelt auch unentgeltlich den Verkauf von Grundstücken; Kaufliebhaber mögen sich an den Vorsitzenden, Herrn Amtsrichter Petersen zu Rödding, wenden. Innerhalb dreier Jahre hat der ganz auf eigenen Füßen stehende Verein 30 Bauerngüter mit deutschen Ansiedlern besetzt. („Alld. Bl." 1895, Nr. 2, S. 5 f.) Sodann ist Pfarrer Jacobsen zu Scherrebek in Nordschleswig zu rühmen, dem es im Verfolg ebensowohl socialer wie nationaler Erwägungen gelungen, durch Gründung einer Kreditbank als eingetragener Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht dem deutschen Kapital und der deutschen Arbeit einen Sammelpunkt zu geben und so dem bisher ziemlich ohnmächtigen Deutschen durch die Vereinigung in der That eine kraftvolle Abwehr der gegnerischen Unterdrückung zu ermöglichen. Die Kreditbank hat in den ersten vier Jahren ihres Bestehens trotz großer Abschreibungen für Reservefonds und gemeinnützige Zwecke die laut Statuten höchste zulässige Dividende von 6% zahlen können und auch sonst durch Bau von Arbeiterwohnungen, Gewährung von Personalkredit an kleine Landleute, unbescholtene Handwerker ꝛc. höchst segensreich gewirkt (a. a. O. S. 87). Ausführlicheres darüber in den „Alldeutschen Blättern" d. J. Nr. 29, S. 134. Die Kreditbank will Bauernhöfe und kleinere Landstellen in Rentengüter verwandeln, auf denen deutschgeborene und deutschgesinnte Bauern eingesetzt werden, die der Kreditbank als Mitglieder beitreten und von ihr, soweit nötig, mit Betriebsmitteln ausgestattet werden. Pastor Jacobsen war es vergönnt, die Weiherede zu halten, als am 4. August

d. J., dem Gedächtnistage des Sieges von Weißenburg, auf dem höchsten Punkte Nordschleswigs, dem Knivsberge, unter Beteiligung von rund 7000 deutschen Männern und Frauen, der Grundstein zu einem Bismarckturm gelegt wurde.

Wir wenden uns dem Osten zu. Einst stand Polen unter der Oberhoheit des Reiches. Aber als Kaiser Heinrich IV. über die Alpen zog, um sich vor Gregor VII. zu demütigen, fand Herzog Boleslav der Kühne die Zeit gekommen, sich loszumachen. Die Blüte deutscher Ritterschaft hat Preußen gewonnen, das Kreuz und Kultur zugleich in das Heidenland getragen. In der furchtbaren Schlacht von Tannenberg 1410 gelang es Polen, die Macht des Deutschordens zu brechen; durch den Frieden zu Thorn 1466 kam Westpreußen in Besitz der Krone Polen, die dann durch „Feuer, Schwert und Zwang", wie Graf Bismarck in seiner großen Rede vom 18. März 1867 sagte, polonisierte; Polen „setzte gegen die geschlossenen Verträge polnische Beamte nach Westpreußen hinein, die sich dort bereicherten, indem sie den Adel teils aus seinen Gütern verdrängten, teils zwangen, sich zu polonisieren. So wurde aus der alten deutschen Familie Hutten Czapski, so aus dem Namen Rautenberg der polnische Klinski, aus Stein Kaminski. Ich könnte die Zahl bedeutend vermehren, unter der wir jetzt, während deutsches Blut in ihren Adern fließt, die heftigsten Gegner Deutschlands sehen."

Die Reformation hat in Polen fröhlichen Eingang gefunden. Ja, hier herrschte einst weitgehende religiöse Duldung. Unter denen, die der evangelischen Kirche angehörten, war auch das Haus Radziwil. Aber es ist eine Nationalschuld Polens geworden, die Reformation zu verwerfen; Stanislaus Hosius, Bischof von Ermland, einer der letzten Vorsitzenden des Trienter Konzils, und der Jesuitenorden haben allen Fleiß gethan, die junge evangelische Saat zu zertreten; leider daß ein König aus dem erlauchten Hause Wasa es war, Sigismund III., der das Wohl des Vaterlandes während 45jähriger Regierung den Feinden des Evangeliums auslieferte. „Polen", so sagte Konstantin Rößler in seinem Buche über „das deutsche Reich und die kirchliche Frage", „ist um Staat und nationale Selbständigkeit gekommen, weil der Jesuitismus den Kern seiner Volks-

seele vergiftet hat." Es ist hier nicht der Ort, alle die Grausamkeiten und Gewaltthätigkeiten und Quälereien aufzureihen, mittels deren jenes Zerstörungswerk zur Ausführung gebracht wurde.*) Nur erinnert sei an die Geschichte der evangelischen Gemeinde Tarnowke im Kreise Flatow, welche ihr Gotteshaus den Jesuiten ausliefern soll; als alles Weigern nichts hilft und der Prior mit einer Schar fanatischer Priester herbeizieht, um Besitz zu ergreifen, da brechen die Bauern lieber ihr Gotteshaus ab: fortan haben sie auf den Trümmern desselben ihre Gottesdienste gefeiert. Oder es sei erinnert an Schöneck. Der polnische König kommt in das Städtlein und mit ihm der Bischof Rekoschewitz; der Bischof bittet um die Schlüssel der Kirche, um dem Könige eine Messe zu lesen. Man giebt sie auf Treu und Glauben, aber die Kirche, wo nun Messe gehalten worden ist, kann den Evangelischen nicht zurückgegeben werden. Endlich wird ihnen erlaubt, sich eine andere Kirche zu bauen, aber in 24 Stunden muß sie fertig sein. Da ist sie gebaut worden in 24 Stunden. Der Rat von Danzig ließ Holz zurichten; als Stadtsoldaten verkleidete Zimmerleute brachten auf Wagen das fertige Gebäude nach dem 5 Meilen entfernten Schöneck; als morgens die Polen erwachten, stand es da, freilich kaum wenige Meter lang und breit, eng und dürftig genug, ein Denkmal der Not und zugleich brüderlicher Hülfe — so hat es dienen müssen bis 1875. Das Fürchterliche, was Thorn am 7. Dezember 1724 sehen mußte, ist bekannt. In der fast ganz evangelischen Stadt haben anläßlich einer Prozession Jesuitenzöglinge in der bekannten Weise gegen Protestanten, welche nicht niederknieten, Brutalitäten ausgeübt, die dann wiederum den Straßenpöbel zu Excessen verführt haben. Auf Grund einer von bestechlichen Richtern geführten, von meineidigen Zeugen gestützten Untersuchung werden zehn Männer, darunter der Stadtpräsident Rösner, fast 70jährig, zum Tode verurteilt, das Urteil vollstreckt. Umsonst suchen Bernhardiner und Dominikaner die Verurteilten durch Versprechen der Begnadigung zur Abschwörung ihres Glaubens zu verlocken. Rösner und

*) Vergl. „Die evangelische Diaspora in Posen" (6. Heft des VI. Bandes von „Evangelische Bruderliebe". Barmen, Hugo Klein. 1887).

fünf andere wurden mit dem Schwert gerichtet, die enthaupteten Leichname in Särge gelegt und ihren Angehörigen ausgeantwortet. Vier anderen wurde erst die rechte Hand, dann der Kopf abgehauen; den einen vierteilte der Henker, schnitt das Herz heraus und zeigte es dem Volke: „Seht da, ein lutherisches Herz." „Die vier Leichname wurden draußen vor der Stadt verbrannt, wo die Hunde noch am folgenden Tage die übrig gebliebenen Gebeine herumschleppten. Dem Scharfrichter aber, welcher nach gethaner Arbeit die Stadt verließ, gaben die Jesuitenschüler mit Waldhornmusik das Geleit bis vor die Stadt. Ein allgemeines Entsetzen ging durch Europa*)."

Fügen wir hinzu: und Gottes Gericht zog schon herauf. Es war ein seltsamer Staat, dies Polen. Es gab ein polnisches Sprüchwort: dem Bauer gehört nichts, als was er vertritt. Nach einer Anekdote wies der Bauer in der Schenke, als der Edelmann 1846 und 1848 ihn aufforderte, für die alte polnische Freiheit die Waffen zu ergreifen, auf die Narben, die die Peitsche des grundherrlichen Vogtes auf seinem Rücken hinterlassen hatte: „nein, Herr, ich danke für diese Freiheit." Ein Gesetz von 1347 bedrohte den Edelmann, welcher einen Bauern tötete, mit einer Geldbuße von 15 Gulden; erst 1768 ist dies Gesetz bedingungsweise aufgehoben worden. Der Bauer war rechtlich ohne allen Schutz. Weil leibeigen, konnte er vor Gericht nicht klagend auftreten. Der Edelmann konnte seinen Bauer nach Belieben hängen oder prügeln, auch zu Tode prügeln; der Mord eines einem andern Edelmann unterthänigen Bauern kostete nicht so viel wie ein gutes Pferd. Daher König Stanislaus Leszczinski vom polnischen Bauern sagt: „Sein Elend hat ihn seiner Vernunft beraubt, er bringt seine Tage in einer trägen Unempfindlichkeit zu, er liebt keine Künste, er beweist keinen Fleiß, er arbeitet nicht anders, als wenn die Furcht vor Strafe ihn zu arbeiten zwingt." Die Väter der Gesellschaft Jesu fanden Anklang bei dem Adel, wenn sie etwa lehrten, eben nur der Adel und das Latein unter-

*) „Von dem Verfall und Untergang Polens." Zwei Vorträge, im Evangelischen Verein zu Berlin gehalten von Rudolf Rödenbeck. Berlin, 1864, E. S. Mittler & Sohn.

scheide den Menschen vom Tiere. (Magazin f. d. Litt. des Auslandes 1874, Nr. 38, S. 549.) Neben wirklich edeln Familien gab es in Polen noch eine Klasse des Adels, der ähnliches andere Länder nicht aufzuweisen hatten, nämlich eine sich ins Ungeheuere vermehrende Zahl von adligen sogenannten Schlachtschitzen-Familien, welche auf den Dörfern in größerer oder geringerer Zahl auf Grundstücken von wenigen Morgen ein höchst kümmerliches Leben fristeten. „Das Herzogtum Masovien — wenig größer als die Provinz Westfalen — enthielt unter einer Bevölkerung von einer halben Million 45 000 adlige Familien, so daß etwa die Hälfte der ganzen Bevölkerung dem Adelstande angehörte. In dem preußischen Departement Bialystock — etwa so groß wie Westpreußen — fanden sich zu Anfang dieses Jahrhunderts 25 000 adlige Familien, d. i. 150 000 Seelen unter einer Bevölkerung von kaum einer halben Million. Es gab daselbst 1129 Adelsdörfer, welche durchschnittlich von 22 Schlachtschitzenfamilien, zum Teil sogar von 50 bis 100 solcher Familien bewohnt waren. Diese enorme Ausbreitung des Adels hatte ihren Grund zunächst darin, daß in Polen jeder freie Grundbesitzer auf die adligen Prärogativen Anspruch hatte, alsdann aber in der durch kein Gesetz beschränkten Teilbarkeit des Grundbesitzes", welche letztere gleichzeitig die allmähliche Verarmung des Adelsstandes zur Folge hatte. Nicht im stande, sich Gesinde zu halten, mußten diese Schlachtschitzen ihren Acker sich selbst bestellen; um nur nicht Bastschuhe zu tragen und sich dadurch den Bauern gleich zu stellen, gingen sie meistens barfuß. Da sah man die einen, wie sie barfuß zur Königswahl ritten — denn der ärmste Schlachtschitz hatte dasselbe Recht, wie der reichste Magnat —; andere sah man, die dutzendweise auf kleinen, von einem einzigen Pferde gezogenen Wagen zur Bezirksversammlung fahren; die einen sind noch so ziemlich gekleidet, die anderen sind fast nackt; einige haben einen Säbel ohne Scheide, andere eine Scheide ohne Säbel; ihre Zahl, ihre Munterkeit, ihr Elend bietet das seltsamste Schauspiel dar*)."

*) Rödenbeck a. a. O. 16 f. nach Mehée, „Geschichte der vermeintlichen Revolution Polens," Altenburg 1773.

Im Jahre 1652 geschah das Denkwürdige, daß dem Veto jedes einzelnen Landboten die Kraft eingeräumt wurde, das Zustandekommen eines Beschlusses im Reichstage zu verhindern, ja es wurde ihm die Wirkung beigelegt, alle vorher gefaßten Beschlüsse zu vernichten und den Reichstag selbst zu sprengen, oder, wie man sich ausdrückte, zu zerreißen. Dies Liberum veto, hinfort als das Palladium der polnischen Freiheit angesehen, hob in Wahrheit jede Obrigkeit auf, hinderte jede Aktion des Staates überhaupt, so sehr, daß hernach für Zeiten der Gefahr das Liberum veto wiederum ausgeschlossen wurde in der Weise, „daß die Nation zu einer Konföderation zusammentrat, um alsdann nach Stimmenmehrheit Beschlüsse zu fassen . . . Da aber für die Schließung der Konföderation weder Form, noch Bedingungen, noch Grenzen gesetzlich geregelt waren, so kam es, daß in Zeiten inneren Zwiespaltes jede Faktion sich als Konföderation konstituierte und eine gegen die andere, ja gegen König und Reichstag mit Gewalt der Waffen ihren Willen durchzuführen versuchte". So trat naturgemäß allgemeine Auflösung ein; Adel, Senatoren und Bischöfe, Richter und Beamte wurden käuflich, für Geld wurde alles feil, selbst die Krone an den Meistbietenden verkauft. Es kann nicht in meiner Absicht liegen, die in jeder Beziehung traurige Geschichte dieser Krone zu verfolgen; es ist hart, wenn Cherbuliez in seinem satirischen Roman „Le comte Broël" sagt: tête vide, tête à chimères, vrai Polonais, aber sicherlich war es zutreffend, wenn der General Dumouriez, der 1770 und 1771 bei den Konföderierten als Agent der französischen Regierung fungierte, den gesellschaftlichen Körper der Polen (er heißt sie europäische Asiaten) als eine Mißgeburt bezeichnet, die lauter Köpfe und Magen, aber keine Arme und Beine hat. Es war wenig Grund, für diese edle Nation zu schwärmen und um ihr Geschick wehmütig zu klagen. Das aber ist meine volle Ueberzeugung, daß die Notwendigkeit der Notwehr, der eigenen Lebensexistenz, Preußen 1772 und 1793 zur Teilnahme an der Teilung Polens genötigt hat. Im Jahre 1775 konnte Friedrich der Große in einem Briefe an d'Alembert, in welchem er Polen sein Kanada nennt, schreiben:

Ich errichte jetzt 180 teils protestantische, teils katholische Schulen und betrachte mich als den Lykurg und Solon dieser Barbaren. Denken Sie, was das heißt! in diesem unglücklichen Lande kennt man das Recht des Eigentums nicht; statt aller Gesetze unterdrückt der Stärkere ungestraft den Schwächeren; allein das hat ein Ende; und man wird dort für die Zukunft gute Ordnung schaffen . . . Es wird nur nach langer Zeit und nur durch eine bessere Jugenderziehung möglich sein, diese Irokesen zu civilisieren.

Und schon 1773 an Voltaire:

In Preußen habe ich die Sklaverei abgeschafft, barbarische Gesetze reformiert, vernünftigere in Gang gebracht, einen Kanal eröffnet, welcher die Weichsel, Brahe, Netze, Warthe, Oder und Elbe verbindet; Städte wieder aufgebaut, welche seit der Pest von 1709 zerstört waren; 20 Meilen Moräste trocken gelegt ꝛc.

Der große König ließ dem Edelmann, der einen Bauern getötet hatte, den Kopf vor die Füße legen.

Sogleich hier mögen einige Bilder der östlichen Diaspora der deutsch-evangelischen Kirche eingeschaltet werden. Diese Diaspora umfaßt ganze Teile von Westpreußen, insonderheit die Tucheler Heide — jene große Waldeinsamkeit, die in einer Fläche von 30 Quadratmeilen über vier landrätliche Kreise von Konitz bis nach Bromberg und von Schwetz bis nach Flatow sich hinzieht —, und reicht bis in die Nordostecke Pommerns*) hinein, ferner das Ermland**), sodann Posen

*) Was Pommern angeht, so sind von besonderem Interesse die Verhandlungen der 7. ordentlichen Provinzialsynode 1893, S. 73 ff. Der Oberpräsident Staatsminister von Puttkamer sagte: der Katholicismus dringe in Pommern ganz planmäßig von Osten nach Westen vor.

**) Davon, daß Ostpreußen rein deutsche Provinz wäre, kann schwerlich die Rede sein, vielmehr wird, wie die „Nationalzeitung" im Januar 1886 ausführte, die deutsche Sprachinsel des ostpreußischen Küstenlandes rings umflutet von vordringenden fremdartigen Elementen. — Das „Königsberger Ev. Gemeindeblatt" des Sup. D. Eilsberger giebt folgende Aufstellung:

„In Ostpreußen, Westpreußen und Posen gestaltet sich das Verhältnis des rein deutschen Elements zu den Angehörigen anderer Stämme wie folgt: Ostpreußen hat unter seinen zwei Millionen Einwohnern vier Fünftel Deutsche, ferner etwa 120000 Littauer, 400 Kuren und 340000 polnisch sprechende, aber evangelische Masuren, schließlich 700 griechisch-katholische Philipponen aus Rußland, doch nehmen in dieser Provinz die Polen und Littauer stetig ab. Unter den 1400000 Einwohnern Westpreußens sind 450000 Polen und Kassuben, also etwa ein Drittel, von den 1800000 Einwohnern der Provinz Posen sind rund die Hälfte Polen. Was das Religionsverhältnis anbetrifft, so kommen

und Oberschlesien. Aus allen Berichten tritt uns immer wieder der Satz entgegen: Katholicismus und Polentum ist bei uns identisch. Den Evangelischen stehen hier drei Feinde entgegen: Pauperismus, Polonismus, Romanismus oder Jesuitismus.

Gegen Ende der achtziger Jahre wird aus Sierakowitz in Westpreußen*) geschrieben:

Der Kreis Carthaus, der bei einem Umfange von 24 850 Quadratmeilen von 15 912 Evangelischen neben 4022 polnischen Katholiken bewohnt wird, hat bisher nur 7 evangelische neben 20 katholischen Kirchen. Romanismus vereint mit fanatischem Polonismus bedrückt und bedrängt gerade hier die verhältnismäßig kleine deutsche Schar, die größtenteils von Pommern eingewandert, in fortwährendem Kampfe die Güter des Evangeliums und des Deutschtums schützen und verteidigen muß. Immer mehr ist in den letzten Jahrzehnten das Deutschtum zurückgedrängt worden. Während im Jahre 1861 im Kreise Carthaus noch 18607 Evangelische und Deutsche neben 32740 polnischen Katholiken wohnten, war im Jahre 1871 die Zahl der Evangelischen auf 15912 herabgesunken und die der Katholiken auf 40221 gestiegen, wogegen nach der neuesten Zählung die Evangelischen nur noch 15342, die Katholiken dagegen schon 43103 Seelen zählen, dank natürlich der eifrigen Propaganda der polnisch-katholischen Pfarrer und Lehrer, die die ersteren namentlich in den gemischten Ehen, die letzteren in den Simultanschulen mit dem ihnen eigentümlichen Eifer betrieben. In Erkenntnis dieser dem Deutschtum drohenden Gefahr hat die Königl. Staatsregierung neuerdings beschlossen, im Kreise Carthaus 11 neue deutsche evangelische Schulen zu gründen, von denen eine auch nach Sierakowitz gekommen ist.

Neben der Schule darf aber auch die evangelische Kirche nicht zurückbleiben, den vereinsamten und bedrängten Glaubensgenossen zu Hülfe zu kommen. Wenn diese noch immer 2—3 Meilen zur Kirche gehen sollen, wenn die Konfirmanden diesen meilenweiten beschwerlichen Weg durch Wälder und Heiden zu machen haben, wenn Mütter ihre Kinder solche Entfernungen tragen müssen, um ihnen das Sakrament der Taufe zu Teil werden zu lassen, ist es da zu verwundern, daß die nahen katholischen Kirchen ihre ganz besondere Anziehungskraft ausüben, und daß viele Schwache den starken Versuchungen der katholischen Umgebung zur Beute fallen. Daß oft genug Kranke ohne kirchlichen Trost sterben müssen, ja daß die

---

in Ostpreußen auf 855 Protestanten 131 Katholiken und 7 Juden, in Westpreußen auf 475 Protestanten 500 Katholiken und 14 Juden und in Posen auf 309 Protestanten 664 Katholiken und 26 Juden. Die übrigen sind Sektierer oder Dissidenten."

*) Wir entnehmen diese Notizen den sehr empfehlens- und verbreitenswerten Heften des „Gustav-Adolf-Boten für die Provinz Westpreußen", Danzig, Kafemann.

Sterbelager der Evangelischen zum Ausgangspunkte der katholischen Propaganda von seiten der polnisch-römischen Priester gemacht werden, ist dort leider bisher eine oft sich wiederholende Erscheinung. Namentlich ist es der westliche Teil des Kreises Carthaus, der von polnischen Bewohnern am dichtesten besetzt ist, und in welchem für das kirchliche Bedürfnis der dort wohnenden evangelisch-deutschen Einwohner, die sich in großer Minderheit gegenüber den Polen befinden, am kärglichsten gesorgt ist. Zu den Kirchspielen Mirchau, Sullenczyn (vom Gustav Adolf-Verein gegründet), Bukowin in Pommern eingepfarrt, hatten die evangelischen Bewohner dieses Gebiets bis $2^1/_2$ Meilen zu ihrem Kirchorte. Zwischen diesen Kirchspielen liegt nun als ein aufstrebender Ort Sierakowitz, der sich am besten zum Mittelpunkte des neuen Kirchensystems eignet, das 1284 Evangelische aus 37 Ortschaften sammeln soll.

Als im Jahre 1894 in Sullenschien ein Jahresfest des Gustav Adolf-Vereins gefeiert werden sollte, wurde eine mit vieler Sorgfalt vor der Kirche errichtete Ehrenpforte in der Nacht vorher völlig zertrümmert.

Der in Warlubien wohnende Amtsvorsteher schreibt:

„Alljährlich erleben wir in unserer Gegend den Uebertritt evangelischer Bewohner zur katholischen Kirche, mit welchem die Aufgabe der deutschen und die Annahme der polnischen Nationalität fast immer Hand in Hand geht."

Bis zum Eintritt des jetzigen tüchtigen Pastors Liebenow-Schwessin hatten die Evangelischen von Heidemühl und Umgegend noch nie einen evangelischen Pastor gesehen.

„Als der Pastor L. in Heidemühl seinen ersten Außengottesdienst in der Wohnung des einzigen evangelischen Besitzers gehalten hatte, brannten in der Nacht darauf die Gebäude nieder: wer der Brandstifter gewesen, ist niemals ermittelt worden. Als er darauf wieder dorthin kam, um einen Gottesdienst zu feiern, wehrten die katholischen Bauern mit Gewalt ihm den Eintritt in das Dorf, und nur seiner überzeugenden, friedfertigen, vom Geiste des wahren Evangeliums getragenen Rede, die er vor ihnen hielt, gelang es, die aufgeregten Gemüter also zu sänftigen, daß sie fortan ihn ruhig gewähren ließen, ihm sogar die katholische Schule zum Andachtslokal einräumten."

Im Jahre 1891 schrieb der Pfarrer aus Gr.-Schliewitz, indem auch er bemerkt, daß in der Tucheler Heide viele Evangelische seien, die noch nie eine evangelische Kirche gesehen, geschweige denn betreten haben, folgenden leidvollen Bericht:

Als im Frühjahre dieses Jahres in Gr.-Schliewitz eine furchtbare Feuersbrunst ausbrach, welche 14 Gebäude einäscherte, —

als da mein Pfarr-Mietshaus, — umgeben von einem Feuermeer, welches alle menschliche Hülfe abschnitt, — von den Flammen verschont blieb, — verschont blieb, obschon die Fenster sprangen und die Thüren sengten und das Dach bereits zu schwelen anfing — ein Wunder in den Augen der Menschen, eine Gnadenthat meines himmlischen Vaters in den meinigen: — was gab ihnen da der blinde fanatische Haß ein? — Der katholische Pfarrer war der erste, der mir vor einer großen Menschenmenge, welche nach einem verkohlten Leichnam suchte, den Vorwurf ins Gesicht schleuderte: Sie sind an dem Unglück schuld; denn von Ihnen soll das Feuer ausgekommen sein! Das Wort, — vielleicht (?) später bereut, — war gefallen, und Hunderte und Tausende sprachen es nach. Weit über die Grenzen von Gr.-Schliewitz hinaus, in der Kreisstadt Tuchel selbst war mein Name als der eigentliche Urheber des unheilvollen Brandes in aller Mund, mit vielen, geradezu schamlosen Erdichtungen. Es war eine schwere Zeit für mich und meine arme Frau, die am Tage des Brandes ihren *ersten* Tag in Gr.-Schliewitz verlebte. Wir mochten uns kaum noch auf der Straße zeigen, und nur der Glaube an Gott und unser gutes Gewissen hielt uns aufrecht. Nun, allmählich siegte der gesunde Menschenverstand über den Aberwitz und eine hier tagende Gerichtsverhandlung, wo ich mit meiner Frau vernommen wurde, ergab vollends das Wahnsinnige solcher Behauptungen.

Doch genug von mir und von meinem Hause; ich bitte nicht für mich; ich bitte für meine Gemeinde, und sie hat schwerer noch zu leiden. Nur einiges von vielem.

Als wir in der Passionszeit zum Gottesdienst nach der Schule gingen, standen in der Nähe katholische Männer und schlugen mit Knütteln (an Schnüren befestigt) an einander um so spottweise unser Läuten darzustellen.

In dem Schulgebäude wohnen noch 3 katholische Lehrer, denen wir und unsere Gottesdienste natürlich ein Dorn im Auge sind. Da scheuen sie kein Mittel, uns den Aufenthalt darin zu verleiden.

Ueber dem Andachtszimmer wohnen 2 katholische Lehrer, einer ist jung verheiratet, der andere — gerade darüber — heiratet nächstens.

Am letzten Buß- und Bettag hielten sich in der Wohnung des einen katholischen Lehrers 3 junge katholische Lehrer auf, und unser Vormittags-Gottesdienst begann bereits unter lebhafter Unruhe in dem Giebel-Zimmer über uns. Da — man wollte seinen Ohren nicht trauen — versuchten sie die Liturgie auf einem Pianino zu begleiten. Und noch mehr: mitten in der Bußtags-Predigt wurde zum zweitenmale der Gottesdienst durch die Klänge eines Tanzes unterbrochen. Als wir hinaufschickten, entgegneten sie: in ihrer Wohnung können sie thun, was sie wollen, und machten von diesem ihrem vermeintlichen Rechte sofort wieder Gebrauch. In der unmittelbar darauf folgenden *Kommunion* begann das Spiel zum drittenmale.

Die Polizeibehörde hat die Bestrafung der betreffenden Lehrer abgelehnt. Auch von der Schulbehörde ist ihnen nichts geschehen, „da die *Böswilligkeit* ihnen nicht nachgewiesen werden konnte“ (als wenn es darauf ankommt!). Es ist hier nicht der Ort und liegt mir

auch fern, die Untersuchung dieser Angelegenheit zu kritisieren. Nur gegen eins möchte ich mich feierlich verwahren, nämlich, daß die Störung zu leichtfertig beurteilt werde. Niemand aus der ganzen Gemeinde, der den Gottesdienst damals mitfeierte, wird ihn in seinem ganzen Leben vergessen. Die Störung während der Predigt war in der That eine derartige, daß ich den Gottesdienst sogleich hätte schließen können, von Andacht war lange keine Rede mehr. Nur mit Mühe und unter herzlichem Gebet gewannen wir soviel Fassung und Seelenruhe, daß Beichte und Kommunion beginnen konnte. Da — ich war gerade im Begriff, den Leib des Herrn auszuteilen — dringt aufs neue eine lustige Tanzweise in die heilige Stille. Die Knieenden erheben sich — ich setze den Kelch wieder fort —, evangelische Brüder, evangelische Schwestern, habt Ihr ein Herz, könnt Ihr es ahnen, was da in den Herzen unserer evangelischen Glaubensgenossen, was in dem Herzen des Geistlichen vorgehen muß?! — Es ist wohl die schwerste Heimsuchung gewesen, welche Gott der Herr über evangelische Glaubensbrüder wenigstens in unserem Vaterlande verhängt hat. Und soll ich noch mehr von unserer Not erzählen? — Da geht es während unserer Gottesdienste auf Holzpantoffeln treppauf, treppab, es ist ein Thürenwerfen und Skandal, daß man sein eigen Wort nicht versteht. Selbst die Stille des Totenfestes blieb nicht verschont. Es war gerade, als wenn ein Regiment Soldaten herauf- und herabmarschierte, so arg war das Treppengetrampel während der Predigt. Ich sah mich dadurch zu einer neuen Beschwerde veranlaßt, und die Untersuchung ergab, daß in der That mehrere Personen mehrmals auf Holzpantoffeln die Treppen herauf- und herabgelaufen sind (d. h. mit anderen Worten: es war ein ununterbrochenes Treppenlaufen und Thürenwerfen). Es wurde uns auch das Versprechen gegeben, daß es fernerhin besser werden soll, und in der That war es während der Weihnachts-Feiertage etwas ruhiger. Was wir bitten: ist eine Stunde Ruhe am Sonntag Vormittag, und da müssen wir immer aufs neue hören: von rechtswegen haben wir nichts zu verlangen, denn die Lehrer sind in ihrer Wohnung, wir aber in der katholischen Schule, doch nur geduldet! Polnische Zeitungen stellten unsere Gottesdienste in der Schule als etwas Ungeheuerliches dar.

Hier in Gr.-Schliewitz war vordem bei den Meisten das evangelische Bewußtsein völlig verschwunden. Noch jetzt sind die meisten der Konfirmanden katholisch getauft; früher gingen solche Kinder der evangelischen Kirche unrettbar verloren. Zahlreiche polnische Namen, z. B. Schuleretzky = Schüler, Nörenberg = Nürnberg weisen ihren deutschen Ursprung noch völlig auf. Der Kampf gegen die deutschen Familiennamen, die Polonisierung derselben kommt allerwärts her zur Sprache; Seidel wird Sidlewsky und Meier Meirowski. Andere Namen sind deutsch geblieben und ihre Träger können heute nicht ein Wort deutsch sprechen. Ortschaften, die einmal fast

rein deutsch, die evangelisch waren, z. B. Junkerhof, sind jetzt vorwiegend polnisch. Die Schule in Junkerhof, noch evangelisch, welche früher nur eine verschwindende Zahl katholischer Schüler hatte, hat jetzt 39 katholische und 21 evangelische (1891).

Es giebt hier immer noch fanatische Polen genug, die ausspeien, wenn ein Deutscher (Evangelischer) vorübergeht, und wenn die hiesigen Polen angetrunken sind, — was ja recht oft der Fall ist, — reden sie überhaupt nur vom „verfluchten Deutschen."

Aus Jeszewo heißt es:

Durch die Auswanderung werden die Glaubensgenossen hier alljährlich geschwächt. So manches Grundstück ist hier in der letzten Zeit in die Hände polnischer Katholiken übergegangen.

Die 780 Seelen der neugegründeten Gemeinde Kornatowo bilden den siebenten Teil einer Bevölkerung, welche zu 6 Siebentel aus römischen Katholiken polnischer Zunge und Juden besteht.

Die Neugründung war zur dringendsten Notwendigkeit geworden; denn es handelte sich um nichts Geringeres, als dem evangelischen Deutschtum gegenüber der erdrückenden Uebermacht des katholischen Polentums wirksamen Schutz und festen Halt zu geben. Vielleicht in keiner anderen Gegend im deutschen Lande wagt sich die großpolnische Agitation und die Geringschätzung alles dessen, was evangelisch und deutsch ist, so ungescheut hervor, wie hier. Der deutsche Großgrundbesitzer oder der kleine Besitzer in gesicherter Lebensstellung hat von ihr allerdings weder für seinen äußeren Besitzstand, noch für seine religiöse Ueberzeugung etwas zu fürchten; der einzelne deutsche Arbeiter aber, Dienstmädchen oder Scharwerkerin, die tagaus, tagein unter katholisch-polnischen Mitarbeitern sich bewegen und vielfach gerade wegen ihres Bekenntnisses und ihrer Nationalität jenen zur Zielscheibe ihres Spottes und Geringschätzung dienen müssen, stehen sehr in Gefahr, an der Wahrheit des evangelischen Bekenntnisses irre zu werden, der evangelischen Kirche und dem Deutschtum verloren zu gehen, wenn sie nicht an ihrer Kirche einen leicht erreichbaren Schutz haben können. Daran aber fehlt es hier gerade. Denn die evangelischen Kirchen sind weit entfernt, von manchen Orten erst nach 2 bis 3, ja $3^1/_2$ meiliger Wanderung zu erreichen, die Parochien demgemäß sehr ausgedehnt und viele Quadratmeilen umfassend; bei solchen Entfernungen ist es dem Geistlichen unmöglich, seine Pfarrkinder kennen zu lernen und ihnen bei inneren Zweifeln mit geistlichem Zuspruch und Stärkung nahe zu kommen.

Von Obodowo wird geschrieben:

In einer Gegend, die lange vom evangelisch-kirchlichen Interesse vernachlässigt geblieben und stiefmütterlich behandelt war und

deshalb ein rechter Boden für evangelisch-feindliche Agitation, eine rechte Beute sektiererischer Irrlehren zu werden drohte — in einer Gegend, wo die Bevölkerung in zwei konfessionsfeindliche Lager evangelischen und katholischen Bekenntnisses geteilt ist, so schroff, daß es nicht an Aeußerungen der Feindseligkeit fehlt — in einer Gegend, wo sich der konfessionelle Gegensatz zugleich als der nationale Unterschied deutscher und polnischer Farbe ausspielt — da ist es Not, höchste Not, Herz und Hand an die Sache unserer deutsch-evangelischen Kirche zu geben, alle Kräfte zu sammeln, um zu halten, was steht, zu stützen, was schwankt, zu retten, was verloren ist, da bedarf es wohl der Hülfe, schneller Hülfe aller derer, denen das evangelische Bekenntnis teuer und wert ist, denen deutsche Sprache und deutsche Sitte lieb sind. Denn diese doppelte Aufgabe hat die evangelische Kirche unserer Gegend neben der großen ewigen Mission — die nationale Zeitaufgabe, dem agitierenden katholischen Polonismus gegenüber deutsch-evangelisches Wesen zu pflegen und zu fördern. Und daß die Kirche auch diese Kulturaufgabe wohl zu erfüllen im stande ist, ist dadurch erwiesen, daß seit der Gründung neuer Kirchspiele in dieser Gegend die deutsche Bevölkerung ständiger und ansässiger zu werden scheint. Das deutsch-evangelische Bewußtsein erwacht — nicht zum mindesten gestärkt durch die Zeichen hülfsbereiter Liebe der evangelischen Brüder nah und fern, durch die Beweise des Interesses an gleicher Sache — an dem Wohl unserer deutsch-evangelischen Kirche.

1892 aus Gr.-Lunau:

12—13 km von Lunau, einer Diasporagemeinde von 4000 Seelen in 38 Ortschaften, liegt ein armes Dorf Waldau. Vor Jahren hatten hier die Evangelischen die Oberhand, die Schule konnte als evangelische und deutsche gelten; jetzt ist es anders geworden, seitdem ein zur selbigen Schulgemeinde gehörendes polnisches Gut von der polnischen Rettungsbank parzelliert worden ist. Nun ist die Schule mit Polen so überschwemmt, daß die 20 evangelischen Kinder gegen die mehr als 60 polnischen nicht in der Lage sind, der Schule den deutschen Charakter zu bewahren. Der Katholicismus ist in dieser Gegend in fortwährendem Steigen begriffen und wird gepflegt durch nicht weniger als vier umliegende Kirchen, von denen zwei nur nur $^1/_4$ Meile entfernt sind.

Aus Oberbuschkau:

Es ist vorgekommen, daß ein katholischer Lehrer*), bevor er zum Gottesdienst ging, seinen Hund an der Treppe anband, um unseren Gottesdienst zu stören.

---

*) Unter diesen Lehrern scheint zum Teil allerdings ein merkwürdiger Fanatismus zu herrschen. Ein eigentümliches Beispiel davon wird vom „Westpr. Volksbl." 1894 erzählt. In der Simultan-Landschule zu Hoppenbruch bei Marienburg hing ein Lutherbild. Ein junger Lehrer H., der im vorigen Jahre das katholische Lehrerseminar in

Daß in einer preußischen Schule ein Bild, Luther mit den übrigen Bibelübersetzern darstellend, das bekannte Geschenk Kaiser Wilhelms I. an die evangelischen Volksschulen

Graudenz verlassen hatte, wurde in Hoppenbruch zweiter Lehrer. Das Lutherbild brachte ihn vollständig außer Fassung. Am 27. April schrieb er an den Kreisschulinspektor, indem er die Entfernung des Bildes aus seiner Schulklasse beantragte:

„Da dieser Anstoß, den das Bild an und für sich, noch mehr aber die beigegebene Erklärung, bei einem gebildeteren Katholiken erregt, bei mir religiösen Gefühlen entspringt, so habe ich dadurch sehr großen Nachteil. Ich persönlich bin innerlich nie beruhigt. Beim Unterricht werde ich durch das Bild daran erinnert, daß ich als katholischer Lehrer es mit evangelischen Kindern zu thun habe, was mir die Liebe zu den lutherischen Kindern raubt; da zudem auch für die katholischen Kinder rein evangelische Lesebücher bestehen, so fühle ich mich als katholischer Lehrer ganz beunruhigt. Dazu kommt noch, daß das qu. Bild gar im katholischen Religionsunterricht dahängt. Da kann ich keinen Religionsunterricht ohne innere Störung erteilen. Aber ich sehe mich pflichtgemäß veranlaßt, den katholischen Kindern im Religionsunterricht die Bedeutung des Bildes von katholisch-religiöser Seite zu geben, denn die Kinder sollen mit dem Zweck und der Bedeutung der im Schulzimmer vorhandenen Gegenstände vertraut gemacht werden."

Der Schulinspektor beförderte diese Eingabe an die Regierung und ließ dem Lehrer H. mitteilen, daß er seine Versetzung an eine rein katholische Schule beantragt habe, „da ich aus Ihrer Gesinnung schließe, daß Sie an einer konfessionell gemischten Schule nicht mit Segen und Erfolg unterrichten können. Wenn Ihnen der Blick auf ein Bild die Liebe zu den ‚lutherischen' Kindern raubt, dann muß auch der Blick auf evangelische Kinder Ihnen denselben Nachteil bringen." Die Regierung zu Danzig ließ nun den Lehrer zweimal verantwortlich vernehmen; namentlich interessierte es sie, zu erfahren, welcher Art die von ihm beabsichtigten Auslassungen über das in seiner Schulklasse befindliche Lutherbild den Kindern gegenüber seien. Das Ergebnis der Vernehmungen scheint sehr unbefriedigend ausgefallen zu sein, denn es erfolgte darauf vom 31. August ab die Entlassung aus dem Schuldienste, wie dem Lehrer H. durch ein Schreiben der Regierung zu Danzig vom 7. Juli verkündigt wurde. In diesem Schreiben heißt es:

„Die in Ihrer Eingabe vom 27. April d. J. kundgegebenen Gesinnungen gegen Ihre Schulkinder evangelischer Konfession, sowie ferner ganz besonders Ihre bei den verantwortlichen Vernehmungen am 21. Mai und 5. Juni d. J. von Ihnen selbst eingeräumten, das religiöse Gefühl Ihrer evangelischen Schüler und deren Eltern tiefverletzenden Aeußerungen über das in der dortigen Schulklasse befindliche Lutherbild lassen erkennen, daß Sie nicht diejenigen Eigenschaften besitzen, die bei einem Volksschullehrer rücksichtlich der gleichmäßigen Behandlung sämtlicher seiner Fürsorge anvertrauten Schulkinder, einerlei, welcher Konfession dieselben angehören, unter allen Umständen vorausgesetzt werden müssen."

des Vaterlandes, von fanatischer Hand zerstört worden war, wird man noch in Erinnerung haben.

Der Gustav Adolf-Verein, so wird aus Oberbuschkau geschrieben, wird hier in der kassubischen Diaspora allgemein als der Retter des Protestantismus vor dem immer weiter vordringenden Polonismus und Katholicismus betrachtet. „Das evangelische Panier", sagt Prediger Jancke in Stegers, „wird an der Grenzwacht gegen den Polonismus bewahrt werden, wenn uns der Altar gebaut ist, an dem wir uns stärken und kräftigen können."

Besonders nachdrücklich wird der Gegensatz von Hütte aus bezeichnet:

„Deutsch" heißt man hier die Evangelischen und „Katholisch" die Polen. „Deutsche" und „Katholiken" — das ist der Gegensatz — stehen sich hier gegenüber in einem mit zäher Erbitterung geführten Kampfe. Wenn derselbe auch nicht in offener Fehde ausgefochten wird, er ruht doch, dank der Unermüdlichkeit Roms, keinen Augenblick.

Das Dorf Hütte war noch vor 20 Jahren ein rein evangelisches, eine evangelisch-deutsche Kolonie inmitten katholisch-polnischer Bevölkerung; allmählich sind eine ganze Anzahl von Bauernhöfen, und nicht die schlechtesten, in römische Hände übergegangen. Der unbefangene, mit der römischen Kampfesweise nicht vertraute Beobachter möchte hierin nichts weiter als einen, allein durch wirtschaftliche Verhältnisse bedingten Besitzwechsel erkennen. Wer es weiß, wie Romanismus und Polentum in festester Bundesgenossenschaft sich dazu vereinigt haben, dem Evangelium und dem Deutschtum schrittweise den Boden abzuringen, der glaubt an die Harmlosigkeit solchen Besitzwechsels nicht. Und das ist charakteristisch: auch der evangelisch-deutsche Bauer hier glaubt nicht daran. Mit tiefem Schmerze erkennt er in solchen Vorgängen das, wie ihm scheint, unaufhaltsame Vordringen der beiden feindlichen Mächte, welche ihn über kurz oder lang doch zuletzt erdrücken müssen. Er weiß es sehr wohl, wenn die katholische Bevölkerung in gleichem Maße die evangelische verdrängt, so ist es auch bald um die evangelisch-deutsche Bevölkerung geschehen und dann kann Rom einen neuen Sieg in den Annalen dieses an römischen Triumphen so reichen Jahrhunderts verzeichnen. Der Scharfsinn, mit dem der evangelische Landmann hier die geschickte und erfolgreiche Taktik Roms durchschaut, ist zu bewundern und so manchem Staatsmanne zu wünschen.

Aber bei solcher Erkenntnis der eigenen Ohnmacht verliert der Landmann den Muth und die Energie zum Widerstand. Mehr noch: die Kraft evangelischen Bewußtseins und die Freudigkeit, das Evangelium zu bekennen, schwindet ihm. Es fehlt eben ein sichtbares Zeichen, das ihn stetig dazu mahnt, auszuharren und treu zu bleiben.

Bis 1868 war Danzig rein deutsch; jetzt erscheint eine polnische Zeitung, von diesem Jahre ab ein polnischer Kalender, die Errichtung einer polnischen Privatschule wird ebenfalls geplant. Da die polnische Bevölkerung meist die ärmere ist, leiden die Vorstädte unter der Zunahme des Polonismus am stärksten.

Aus Rehhof 1892:

Im letzten halben Jahre sind in unserer Gemeinde fünf Evangelische zum Katholicismus übergetreten, und in einer uns nahe gelegenen, aber nicht mehr zu unserm Kirchspiel gehörigen Ortschaft sind vor kurzem an einem Tage sieben Uebertritte zur katholischen Kirche erfolgt.

In Neustadt in Westpreußen sind aus Mischehen im Laufe der Jahre 36 Uebertritte zur katholischen Kirche erfolgt, nur fünf zur evangelischen. Von 46 Mischehen haben nur acht rein evangelische Kindererziehung.

Vor zehn Jahren war die Bevölkerung in Tursnitz und in Engelsburg fast rein evangelisch.

Jetzt sitzen auf den Schulbänken in Engelsburg 29 evangelische, dagegen 45 katholische Kinder, in Tursnitz 33 katholische und — 5 evangelische Kinder. — In Engelsburg lebt ein deutsch-evangelischer Mann in Mischehe. Trotz der Gegenrede seines Pfarrers und seiner evangelischen Gutsherrschaft sind die Kinder, die dieser Ehe entsprossen, sämtlich der katholischen Kirche zugeführt. Warum? Der Mann wurde infolge der unausgesetzten Anfeindungen seitens der ihn umgebenden Polen endlich müde und matt und gab dem Drängen der Katholiken nach. Die Kinder wurden in die nahe gelegene stattliche katholische Kirche zu Okonin zur Taufe gebracht.

Im letzten Jahre berichtete Pfarrer Lange-Jezewo:

das Polentum dringe energisch und zielbewußt vor; so seien z. B. in dem einen Dorfe Czersk in drei Jahren 27 deutsche Hausbesitze aus deutschen in polnische Hände übergegangen, sodaß jetzt nur noch gegen 500 deutsche Haushaltungen dort seien. In Jezewo selbst sei vor Jahresfrist ein deutsches Grundstück von mehr als 200 Morgen mit einem Schlage von Polen erstanden worden. Gegenwärtig werde ein deutsches Gut von 900 Morgen parzelliert und die Polen kämen meilenweit her, um sich anzukaufen. Ihm, dem Redner, sei es nur mit größter Mühe gelungen, drei deutsche Käufer heranzubringen, die ca. 60 Morgen gekauft hätten. Durch diese Parzellierung sei der beste Kirchenbauplatz verloren gegangen; ein anderer erheblich minder guter sei zwar angekauft worden, leider aber nur bedingungsweise, sodaß bei der großen Anfechtung seitens der Polen die Erhaltung desselben noch in Frage stehe. Der Pfarrer appelliert an deutsche Hülfe, die schnell kommen müsse, damit sie nicht zu spät komme.

Wir geben noch des Pfarrers schriftliche Darstellung:

Jezewo. Das Jahr 1894 war für uns ein Jahr voll einschneidender Ereignisse und schwerer Kämpfe Am 1. März wurde die schon lange Zeit sehnlichst erwartete Gemeindegründung zur Thatsache. Aber es schien, als ob damit zugleich die Losung gegeben sei für den sich nun erhebenden stürmischen Kampf mit katholischem Polonismus. Wir nehmen keinen Anstand, diese schon in weitesten Kreisen bekannte Angelegenheit hiermit der Oeffentlichkeit zu übergeben. Es war anfangs März, als das deutsche Gut Jezewo plötzlich mit der Absicht der Parzellierung hervortrat. Die Angelegenheit war durch den katholischen Geistlichen im Stillen auf das Gründlichste vorbereitet. Während auch die dicht anwohnenden Deutschen nicht das Mindeste von der Parzellierung ahnten, waren meilenweit polnische Käufer herangezogen und mit ihnen geheime Beratungen in der polnischen Schule gehalten. Da kam die Sache durch einen polnischen Kuhhirten heraus, und nun drang man deutscherseits darauf, die Angelegenheit an die Oeffentlichkeit zu bringen, damit bei dem Gutsverkauf auch deutsche Käufer kaufen könnten. Es folgte nun schnell der Verkaufstermin, der in einem polnischen Gasthause abgehalten wurde, und wie vorauszusehen war, ging der ganze deutsche Gutsbestand in polnische Hände über, nur drei Deutsche kauften zusammen ungefähr 70 Morgen. Ein vierter deutscher Käufer wurde gegen polnische Mitkäufer zurückgestellt und nicht zum Kauf herangelassen. An diesem Verkaufstermin erwarben wir zwei kleine Parzellen, die eine für die evangelische Kirche, die andere für die evangelische Schule, welche beide zu dem Mittelpunkt wurden, um den sich lange Zeit der Kampf drehte. Sogleich nach dem Termin wurde seitens der Käufer in deutlichster Weise die Absicht ausgesprochen, diese beiden Parzellen der Kirche und Schule wieder zu entziehen, und demnach handelte man. Die mitgekaufte Ernte auf beiden Parzellen ließ der katholische Geistliche, den der evangelische Gutsbesitzer mit Generalvollmacht versehen hatte, in seine Scheune abfahren und, nachdem durch das Zurücktreten der sich anfangs beteiligenden Rentenkommission die Verkaufsverträge hinfällig geworden waren, wurde die als Kirchbauplatz gekaufte Parzelle zum weiteren Verkauf ausgeboten und das für die Schule angekaufte Land thatsächlich an einen Polen weiter verkauft. Diese ganze Angelegenheit trug eine unbeschreibliche Aufregung in die Gemeinde hinein, die polnischerseits in fanatischen Aeußerungen hervortrat. Eines Nachts versuchten polnische Männer mit Gewalt in das Haus des evangelischen Geistlichen einzudringen und wurden daran nur durch die fest verrammelte Hofthüre gehindert. Es wurden wiederholt unsere evangelischen Gottesdienste, die bei geöffneten Fenstern in der Schule abgehalten wurden, gestört, das eine Mal durch polnische Männer, welche unser Eingangslied durch Gesang eines polnischen Liedes unter Lachen verhöhnten und das Halleluja unserer Liturgie mit Hurra beantworteten, während sie dabei die Mützen in die Höhe warfen, und mehrere Male dadurch, daß sie die Stimme des predigenden Geistlichen nachschrieen. In dem einen Falle verursachte das nachäffende Geschrei eine solche Störung

im Gottesdienste, daß der Geistliche erschreckt anhielt und die an den Fenstern Sitzenden die Fenstervorhänge aufhoben und nach dem Ruhestörer sahen. Oeffentliche Verhöhnungen des Geistlichen geschahen wiederholt; besonders die polnische Dorfjugend schien es darauf abgesehen zu haben, ihn zu verspotten, wenn er im Talar über die Straße ging, indem sie hinter seinem Rücken ausspieen und lachend mit Fingern nach ihm zeigten. Es steht zu erwarten, daß der Staatsanwalt binnen kurzem die hier vorliegenden Vorfälle prüfen und richten wird. Daß man auf polnischer Seite nach Aufhebung der ersten Kaufverträge nicht mehr daran dachte, uns unsere Kirchenparzelle herauszugeben, ist schon erwähnt; man wußte eben, daß die Verweigerung dieses Platzes eventuell den ganzen Kirchenbau in Jezewo in Frage stellte. Um uns den streitigen Platz zu verschaffen, der jetzt, Gott sei Dank, in unserem Besitz ist, bedurfte es des persönlichen Eingreifens Seiner Excellenz des Herrn Oberpräsidenten von Goßler und der fortgesetzten Bemühungen unseres eifrigen Landrats.

Von Grutschno (Rgbz. Marienwerder) in Westpreußen wird geschrieben:

Seit 1880 hat die Zahl der Evangelischen um 4000 abgenommen, während die Zahl der Katholiken um 8200 gestiegen ist. Dieses Zurückgehen des Protestantismus und Anwachsen des Katholicismus kommt zwar zum Teil von der überwiegenden Auswanderung der evangelischen Deutschen, leider ist es besonders eine Folge des planmäßigen Vorgehens der katholischen Kirche auf dem Gebiete der gemischten Ehen. Wenn der katholische Teil nicht schon von selbst den Uebertritt des evangelischen Teiles oder doch wenigstens die rein katholische Kindererziehung verlangt, so ist der nahe wohnende und darum von allen Vorgängen gleich unterrichtete katholische Geistliche rechtzeitig in der Lage, dies mit allen Machtmitteln seiner Kirche, die ihre Wirkung bei dem niedrigen Polen nie verfehlen, zu erzwingen, während der entfernt wohnende evangelische Geistliche der schon vollendeten Thatsache, die ihm dann erst zu Ohren kommt, machtlos gegenübersteht. Jeder Uebertritt bedeutet aber nicht bloß einen Verlust für die evangelische Kirche, sondern ebenso für das Deutschtum. Bei der unseligen Identifizierung von Polnisch und Katholisch in der Sprache des gemeinen Mannes, die so weit geht, daß allgemein von polnischer Sprache und katholischer Sprache als gleichbedeutend gesprochen wird, glaubt der neue Katholik mit seinem „polnischen“ Glauben auch verpflichtet zu sein, fortan nur der polnischen Sprache sich zu bedienen bezw. sie baldmöglichst zu erlernen. Auch der einwandernde deutsche Katholik kann sich unter dem Einflusse der deutschfeindlichen katholischen Geistlichkeit diesem Zuge zum Polentum nicht entziehen.

Aber auch aus Waldenburg in Schlesien wird dem „Reichsboten“ gemeldet:

In den bei der letzten General-Kirchenvisitation mit den kirchlichen Körperschaften abgehaltenen Konferenzen bildete die auffallend

schnelle Zunahme der katholischen Bevölkerung im hiesigen Kreise den Gegenstand eingehender Besprechung, wobei festgestellt wurde, daß die Ursache dafür keineswegs in etwaigen Uebertritten zur katholischen Kirche oder in einem für die evangelische Kirche ungünstigen Verhältnisse in der konfessionellen Kindererziehung zu suchen seien, sondern in einem fortdauernden Zuzuge katholischer Familien, hauptsächlich Arbeitern aus dem Osten. Im Kurort Salzbrunn aber spielt noch ein anderer, eigenartiger Zufall mit, indem seit einer Reihe von Jahren die von der Fürstlich Pleßschen Verwaltung zu besetzenden Stellen zum größten Teile nur Katholiken anvertraut werden. So sind gegenwärtig sämtliche Brunnenärzte katholisch. Selbst die Pächter fürstlicher Etablissements, wie z. B. des Kurhauses, der Konditorei, der alten Burg sind katholisch. Zum 1. Oktober d. J. tritt der fürstliche Brunnendirektor, Herr Manser, der evangelisch ist, in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist katholisch!*)

Am meisten bekannt geworden ist neuerdings Pelplin in Westpreußen.

Ich gebe die Darstellung des neuesten „Gustav Adolf-Boten für die Provinz Westpreußen" (1895, S. 74 f.), die unzweifelhaft von dem Pfarrer Morgenroth in Rauden stammt:

Als die wiederholten Bitten bei den Staats- und Kommunal-Behörden um Errichtung einer evangelischen Schule bezw. Anstellung eines evangelischen Lehrers für die 30 evangelischen Kinder in Pelplin, trotz der einstimmigen Beschlüsse der Kreissynode Marienwerder und der westpreußischen Provinzialsynode abgelehnt waren, gingen wir mit Zittern und Zagen auf den Vorschlag des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten ein, vorläufig durch Errichtung einer Privatschule dem Bedürfnis abzuhelfen. Schien es uns schon schwer, die Mittel zum Bau aufzubringen, da die in Pelplin wohnhaften 40 evangelischen Familien größtenteils kleine Beamtenfamilien sind, die aus der Hand in den Mund leben und beträchtliche Gemeindeabgaben, darunter auch Schullasten zur katholischen Schule aufbringen müssen, so schien es uns noch schwerer, die Aufbringung des Lehrergehaltes und die Unterhaltung der Schule, die etwa 1500 Mk. jährlich erfordert, zu übernehmen. Doch im Vertrauen auf den ewig reichen Gott und die thätige Bruderliebe unternahmen wir es, im Herbst 1893 Bittrufe an die Gustav Adolf-Vereine, den Evangelischen Bund und sonstige Freunde der evangelischen Kirche zu senden, und sofort nahm der Gustav Adolf-Verein unsere Bitte auf; schon im Dezember 1893 erhielten wir 300 Mk. von dem Danziger Hauptverein, es folgten bald Gaben vom Central-Verein, und bis heute, in dieser kurzen

*) Für Posen ist noch zu vergleichen die Schrift von Dr. Bär, die „Bamberger" bei Posen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Polonisierungsbestrebungen in der Provinz Posen. Posen, Josef Jolowicz. 1882.

Zeit, hat der Gustav Adolf-Verein 3900 Mk. zu dem Schul- und Bethausbau in Pelplin beigesteuert. Unsere Herzen sind übervoll von Dank und Freude, und als am 9. Dezember der 300jährige Geburtstag Gustav Adolfs auch in Pelplin durch einen Familienabend gefeiert wurde, da konnten wir von Herzen einstimmen in das „Nun danket alle Gott", stand doch der Segen des Gustav Adolf-Werkes, der Segen schneller Hülfe deutlich vor unseren Augen in Gestalt des schmucken Bethauses in Pelplin. Der Platz zu dem Baugrundstück, der einzige, welcher in evangelischen Händen war, wurde schnell für 3000 Mk. angekauft, da das Domkapitel bereits am nächsten Tage dem Verkäufer den dreifachen Preis bieten ließ, und dann wohl für immer die Entfaltung evangelischen Lebens in Pelplin vorbei gewesen wäre. Im ganzen sind bis jetzt 7000 (9000) Mk. für den Bau gesammelt worden, wovon die Gemeinde selbst 1000 Mk. aufgebracht hat; es bleibt noch eine Bauschuld von 8000 Mk. Doch wie unsere Hoffnung, welche wir bei der Grundsteinlegung am 29. Juli 1894 mit dem Danke: „Bis hierher hat der Herr geholfen" verbanden, „Der Herr wird weiter helfen" bis jetzt so herrlich in Erfüllung gegangen ist, so vertrauen wir auch fernerhin, daß der Gustav Adolf-Verein uns seine starke Hülfe zuwenden wird. Inzwischen hat der Evangelische Bund, der noch zum Bau einen Beitrag von 1000 Mk. gespendet hat, eine jährliche Beihülfe von 300 Mk. zum Lehrergehalte bewilligt, eine gleiche Summe der evangelische Ober-Kirchenrat. So wären auch diese Sorgen für den Anfang gehoben. Zum Bethaus sind durch die Fürsorge des hochwürdigsten Vorsitzenden des Danziger Hauptvereins bereits ein Teil der heiligen Geräte, ein schönes Altarbild, ein Altarkreuz und eine Altarbibel geschenkt. So soll die Einweihung des Schul- und Bethauses am 6. Januar 1895, so Gott will, stattfinden, am 7. Januar die evangelische Privatschule mit 30 Kindern eröffnet werden.

Unter dem lebhaften Beifall der Nationalliberalen und auch von rechts ist die Angelegenheit durch den Staatsminister a. D. Hobrecht im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht worden. Die Herren Dr. von Seidlitz und Geh. Rat Prof. Dr. Zorn haben einen Aufruf erlassen, behufs Sammlung eines Kapitals, um es der deutschen Privatschule in Pelplin als Bismarck-Stiftung zu spenden. Vergl. „Alldeutsche Blätter" 1895, Nr. 23, S. 111 f.

Vor einigen Monaten hat man versucht, das Schulgebäude, in welchem unten alle vier Wochen evangelischer Gottesdienst gehalten wird und oben der Lehrer wohnt, in die Luft zu sprengen. Eine regelrechte Bombe, mit Pulver und Sand gefüllt, und mit einem angesengten Bindfaden lag vor der Thür. Der Thäter ist nicht herausgekommen. Schließlich stand in den polnischen Zeitungen, daß nach dem Grundsatze is fecit, cui prodest der evangelische Pfarrer Morgenroth in Rauden der Urheber dieses Attentates gewesen sei.

Auf den Schultern des Pfarrers Morgenroth liegt die ganze Schuldenlast von 6000 Mk.

Zunächst knüpfe ich an diese detaillierten Notizen einige allgemeine Betrachtungen. In einer beinahe mysteriösen Weise greift ununterbrochen das Polentum um sich. Verschiedene Umstände wirken dabei zusammen; zwar die stärkere Vermehrung der Polen durch die Geburten, welche auch Graf Caprivi angenommen hat, wird andererseits bestritten; um so mehr aber fällt ins Gewicht der fortwährende Zuzug von Polen über die Grenze, der zunehmende Wegzug der Deutschen. Es findet ja durch die Ansiedlungen und durch die Rentengüter auch ein Zuzug von Deutschen statt, aber dieser Zuzug deckt weitaus den Abzug nicht. Die Auswanderungslust der Deutschen und die dadurch vorzugsweise verursachte Abnahme der deutschen Bevölkerung ist zum Teil die Folge ihrer Armut. Die alten polnischen Grundbesitzer siedelten die Deutschen vorzugsweise im Sumpf und auf dem Sand an. Durch Teilung unter die Kinder ist deren Grundbesitz immer kleiner, die Bevölkerung immer ärmer geworden — leider auch oft körperlich und geistig immer schwächer. Die Jugend gewöhnt sich daran, oftmals „ins Land" zu gehen, und in den Fabriken, Bergwerken, auf den Rittergütern im Westen einige Monate im Jahre oder auch einige Jahre hindurch zu arbeiten. Viele bleiben dann, wohin sie gerade kommen. Ein anderer Grund der Abnahme der Deutschen ist der fanatische Zusammenschluß der Polen. Die jetzigen polnischen Besitzer nehmen keine deutschen Arbeiter und Handwerker. Erwirbt ein Pole ein Rittergut, dann entläßt er sofort alle Deutschen, die dort ihr Brot hatten. Die Marcinkowskische Stiftung unterstützt alle solche Bestrebungen*). Sobald sich ein polnischer Arzt, Rechts-

*) Der Marcinkowskische Verein hat einen eisernen Fond von einer halben Million, hatte ferner im letzten Jahre eine Einnahme von Mitgliederbeiträgen von über 20000 Mk. und außergewöhnliche Beiträge von 7800 Mk. Er verleiht vorzugsweise Stipendien, im vorigen Jahre 19000 an Gymnasiasten, 17300 an Techniker, Handwerker ꝛc., 13500 an Studierende. Die Stipendiaten werden durch besondere Aufsichtsvereine kontrolliert, in Alumnaten gesammelt und stehen überall unter Aufsicht der Geistlichen. Von der besonders wichtigen Thätigkeit, Aerzten und Rechtsanwälten polnischer Nationalität und römischer Konfession ein Minimaleinkommen zu garantieren und zu sichern, steht zwar in den veröffentlichten

anwalt, Handwerker niedergelassen hat, beschäftigt kein Pole mehr den Deutschen, nur noch den Landsmann. Was will der Stellmacher, der Schmied anfangen, wenn die Polen nicht mehr bei ihm arbeiten lassen? Er fristet noch eine Weile mit der Arbeit, die die Deutschen ihm geben, sein Leben, dann zieht er davon. Auch der polnische Kaufmann ist ein bedenklicher Konkurrent geworden. Leider begnügen sich auch viele deutsche Besitzer, in Versammlungen und Blättern über die Polen zu schelten, das Herandrängen des Polentums auf die verkehrten Maßnahmen der Behörden zu schieben, ziehen aber die polnischen Arbeiter den deutschen, weil jene angeblich genügsamer und gefügiger sind, und die polnischen Handwerker, die jüdischen Handelsleute den deutschen vor, weil sie koulanter und betriebsamer sind. Hierin liegt ein Hauptgrund der Abnahme der deutschen Bevölkerung. Kürzlich ging eine Statistik der Handwerker und Gewerbetreibenden in der Stadt Posen durch die Zeitungen: es war niederschlagend, in welchem Maße die Zahl der deutschen mit jedem Jahr abgenommen hat. In der Provinz ist aber die Abnahme naturgemäß größer als in der Provinzialhauptstadt. Das aber springt allenthalben in die Augen, daß hier was katholisch ist, polonisiert wird. Will man hier der Germanisierung aufhelfen, so wird man in die wichtigsten Beamtenstellen Männer mit einem Herzen für die evangelische Kirche senden müssen; mit der Simultanschule wenigstens auf dem Lande, wo es sich um deutsche Katholiken nicht handelt, brechen, denn in ihr werden die evangelischen Kinder nur polonisiert; endlich der evangelischen Kirche durch Begründung neuer geistlicher Stellen, durch Zufuhr frischer Kräfte, durch Pflege aller Art von Wohlthätigkeitsanstalten, durch Siechenhäuser und Waisenhäuser, Volksbibliotheken, vielleicht auch Raiffeisensche Darlehnskassen, auf sicherem evangelischen Grunde, auch durch Entlastung kleiner Landgemeinden in ihren Kirchen- und Schulsteuern fördernd zu Hülfe kommen. Ganz besonders glaube ich hier noch auf die Pflege der

---

Berichten polnischer Blätter nichts, womit nicht bewiesen ist, daß der Verein diese Thätigkeit nicht ausübt. Der Verein ist 1841 gegründet, „um das polnische Volk zu bilden" und dadurch konkurrenzfähig zu machen. Allen Geistlichen ist von dem Erzbischof der Beitritt empfohlen, bezw. zur Pflicht gemacht.

Konfirmanden, wie sie teils durch Konfirmandenhäuser, teils durch die fliegenden Konfirmandenanstalten geschieht, behufs Unterstützung derselben hinweisen zu sollen.

„Diese Kinder der Diaspora", so sagen die Blätter „aus der evangelischen Diaspora der Provinz Posen" vom Oktober 1893, „die unter lauter Eindrücken von der äußeren Macht und Herrlichkeit der katholischen Kirche in ausschließlich polnischer Umgebung, in katholischen Schulen aufgewachsen sind, in deren Familien vielleicht mehr polnisch als deutsch gesprochen wird und die ganze Lebensanschauung allmählich die der Polen geworden ist, diese Kinder möchten wir durch den Konfirmandenunterricht unserer evangelischen Kirche, unserer deutschen Nationalität erhalten."

Soeben bringt Nr. 9 „Aus der evangelischen Diaspora der Provinz Posen" (Juli 1895) einen ausführlichen „Bericht über die Konfirmanden-Anstalten in der Provinz Posen in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens."

Wir werden uns die polnischen Verhältnisse noch etwas näher anzusehen haben*). Es sei erinnert an das im „Daheim" 1877 wiedergegebene Gespräch des Reichskanzlers mit württembergischen Geistlichen in Kissingen, an die wiederholten Polendebatten im Landtage, an die große Rede des Grafen Bismarck vom 18. März 1867, welche die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" am 3. März 1886 von neuem abdruckte, und in der namentlich auch die Verhetzung der Katholiken zu Gunsten der Polen durch den Klerus, überhaupt die Begünstigung des Polonismus durch die römische Geistlichkeit gezeichnet wurde; es sei erinnert an die Hoffnungen, welche zu Gunsten des angeblich geknechteten polnischen Volkes von diesem 1877 an die Erscheinung der Himmelskönigin in Dittrichswalde geknüpft wurden. In der Sitzung des Herrenhauses vom 8. Juni 1886 kam der Kultusminister v. Goßler auf die polnischen Volksbibliotheken zu sprechen.

Es hatte sich ein Buch gefunden: „Worte der Wahrheit für das polnische Volk", worin es heißt: die Preußen wollten die polnischen Kinder deutsch plappern lassen, damit sie dann leicht dem lutherischen Glauben beitreten**). Das Buch war verteilt worden durch die Vincentinerinnen in Kulm. Als Eigentümer der Bib-

*) Vgl. „Die evangelische Diaspora in Posen", Barmen, Hugo Klein, S. 25 ff.

**) Vgl. „Nordd. Allg. Ztg." vom 17. Juni 1886.

liothek figurierte der mit den Vincentinerinnen organisch verbundene Vincenz-Damen-Verein. Das Buch charakterisiert sich als eine Schrift, welche, mit der Norddeutschen zu reden, „die Polen zu gewaltsamem Aufstande und zum Mord und Totschlag aller Deutschen aufzureizen bestimmt ist". Die preußischen Beamten werden als „durchtriebener, wie entlassene Spitzbuben", die preußischen Gerichte als „unehrlich", die Deutschen als „Teufel" und „Räuber" hingestellt, gegen welche das polnische Volk „täglich die Sense schärfen müsse". Nur mit Gewalt, lehrt das Buch, und indem sich alle Polen gleichzeitig gegen die fremden Bedrücker erheben, könne das Joch abgeschüttelt werden. Wenn die Stunde des Aufstands gekommen sei, müsse „ohne Erbarmen" auf den Feind eingehauen werden. „Können wir es denn nicht ebenso machen wie die Spanier? Wer fähig ist, mag die Waffe zur Hand nehmen und blindlings darauf gegen den Feind, und die Weiber, die kleinen Knaben, die Greise mögen in den Häusern morden, wenn ein feindlicher Soldat ins Quartier kommt".

Dieses Buch, welches Beschwerde erhebt, daß die Deutschen einen Polen als Verbrecher erklärt hätten „bloß dafür, daß er einem Gendarmen eine Kugel durch den Kopf gejagt hatte", — welches, wie der Kultusminister mitteilte, in dem Wunsche gipfelte, alle Deutschen möchten zu einem Menschen zusammenwachsen, damit das „Hundeaas" mit einem Schlage getötet werden könne, war übrigens nicht das einzige strafbaren Inhalts, welches sich in der Vincenz-Bibliothek in Kulm*) vorgefunden hat. „Ist es Zufall, daß die Kulmer Bibliothek solche Schriften enthält?" Auch die Bibliothek des Landwirtschaftlichen Vereins in Lissewo und die Volksbibliothek in Ponczau enthielt Schmähschriften stärkster Art gegen unser Herrscherhaus, eine Schmähschrift, welche der „Verein zur Unterstützung der moralischen Interessen der polnischen Bevölkerung unter preußischer Herrschaft" besonders zur Anschaffung empfohlen hatte. „Wenn in einem dort vorgefundenen Buche „Erinnerungen des Sulerzyski" von einem preußischen Richter erzählt wird, der, um Karriere zu machen, sich durch ungerechte Urteile gegen Polen entehrt habe, von einem Landrat berichtet wird, der für jeden Polen, welchen er nach

*) Im Abgeordnetenhause kamen am 7. Mai 1887 diese Dinge nochmals zur Sprache. Minister v. Puttkamer verwahrte sich gegen Darstellungen, als ob die Behörden die Friedensstörer seien. „Zum Beweise dieses Gegenteils teile ich Ihnen mit, daß in Kulm ein Damen-Verein besteht, der sich unter anderm auch die Aufgabe gestellt hat, durch eine Volksbibliothek für polnische Bestrebungen zu wirken. In einem von der Polizei konfiszierten Buche „Die neue Sibylle" kommen Stellen wie diese vor: Die Weichsel müßte vom Blute der Deutschen gerötet werden, dies würde als Fraß für die Raben der ganzen Welt nicht ausreichen. Die Deutschen müßten totgeschlagen werden, die Sensen müßten wieder erklingen. Unser Land muß leider fremdes Geschmeiß ernähren ꝛc. — Wenn das am grünen Holz geschieht, bei Damen (Große Heiterkeit), was dann am dürren? Deshalb haben unsere Behörden alle Ursache aufzumerken."

Rußland ausgewiesen habe, von der russischen Regierung Bezahlung erhalten habe, von der Polizei mitgeteilt wird, daß des Verfassers Diener von ihr bestochen worden sei, ihm sein Wohnhaus anzustecken — ist es zu verantworten, daß dem polnischen Volke solche Bücher zur Lektüre geboten werden?

Der Volksbibliotheken-Verein in Posen, der bedeutendste seiner Art, welcher in Westpreußen und Posen bis zum vorigen Jahre 1261 Volksbibliotheken gegründet (im letzten Jahre 17 000 Bücher vertrieben und 3500 Mk. Jahresbeiträge vereinnahmt) hat und für den Inhalt der von ihm verbreiteten Bücher umsomehr verantwortlich ist, als statutenmäßig über jedes Buch ein geistliches und ein weltliches Mitglied der Censurkommission zu referieren hat und zur Aufnahme des Buches Einstimmigkeit der Censurkommission gehört, ist in seinen deutsch-feindlichen Bestrebungen wiederholt im Abgeordnetenhause gekennzeichnet worden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erinnert dann noch an die Bücher des Volksbibliotheken-Vereins, welche durch Vermittelung der polnischen Schulpatrone an die Schulkinder als „Prämien" verteilt wurden, in denen das Thema der Schlechtigkeit der Deutschen und der Wiedererstehung des polnischen Reiches angemessen variiert wurde.

Die Agitation der Volksbibliotheken-Vereine ist um so gefährlicher, als sie mehr und mehr die Richtung annimmt, ihren verderblichen Einfluß auf die Jugend auszuüben, die vermöge ihrer beschränkten Urteilskraft für die fanatische Verhetzung gegen die Deutschen um so leichter zugänglich ist. In Löbau geht man schon so weit, daß an die Schulkinder während der Pause wöchentlich regelmäßig Bücher aus der polnischen Volksbibliothek und ein wegen Preßvergehens vielfach bestraftes extremes polnisches Volksblatt verteilt werden.

Schon zeigen sich die Früchte dieser Hineinziehung der polnischen Jugend in das politische Parteigetriebe."

Unlängst hat sich zu Posen in Anwesenheit von 20 Kaufleuten aus Posen, Westpreußen und Schlesien ein Verband polnischer Kaufleute gebildet. Versuche, die katholischen Lehrer lediglich polnischen Zwecken dienstbar zu machen, wiederholen sich. Die Schützengilde in Gnesen hat die Beteiligung an der Sedanfeier abgelehnt — sie hat nach dem dortigen Generalanzeiger einige zwanzig deutsche Mitglieder — mit der Begründung, daß sie an politischen Festlichkeiten nicht teil nehmen könne! Bei den Kirchenwahlen in Graudenz am 8. Oktober 1893 wurde der Ruf laut: „Polnisch reden! Wir sind Katholiken, da muß polnisch gesprochen werden! schlagt die deutschen Hunde tot!" — Ab und zu geschieht es, daß es dem Centrum und seiner Presse selbst zu viel wird mit den polnischen Prätensionen; so klagte die „Kölnische Volkszeitung" vom 14. September 1890 und

neuerdings hat das Gebahren einer Wählerversammlung im oberschlesischen Kreise Pleß-Rybnik auch bei der „Schlesischen Volkszeitung" Entrüstung hervorgerufen (September 1895).

Von ganz besonderem Interesse sind die Erzbischöfe von Posen-Gnesen. „Denn," wie Maximilian Harden im ersten Artikel der allerersten Nummer der „Zukunft" vom 1. Oktober 1892 sagt:

> „die katholische Bevölkerung der Provinz Posen — etwa $1^1/_4$ Million polnischer und deutscher Menschen — erwartet die Losung nicht aus dem Oberpräsidium, auch nicht aus dem stattlichen Hause des sehr beliebten kommandierenden Generals oder der slavisch-romanischen Hochburg der Kommune, sondern aus dem einfachen Palaste, den auf der Dominsel schweigsame Bäume umschatten."

Herr von Puttkamer-Plauth hat den Ausdruck gebraucht: der Erzbischof sei für weite Kreise der Interrex. Nach Heinrich von Sybel (Die Begründung des deutschen Reiches, I, 156) hat Erzbischof Przyluski und ihm nach die gesamte polnische Geistlichkeit den Bauern gepredigt: polnisch und katholisch ist gleichbedeutend; ein jeder, der nicht zur Revolution trete, werde von den Preußen zur Ketzerei gezwungen; wer aber die Sense ergreife, werde nach der Befreiung des Vaterlandes drei Morgen Acker und eine Kuh und nach dem Tode die ewige Seligkeit empfangen. Erzbischof Ledochowski, der aus seinem posenschen Stuhl sich den polnischen Thron machte, wurde bekanntlich, da er 1871 in Versailles erschien, um die weltliche Herrschaft des Pontifex zurückzufordern, der eigentliche Urheber des Kulturkampfes. An seine Stelle trat Dinder, der Königsberger Pfarrer, von der polnischen Presse meist nur Herr Dr. Dinder geheißen, ein achtungswerter Mann, wenn auch vielleicht nicht mehr, von den Polen weidlich despektierlich behandelt und geärgert*), bald vorübergegangen. Dann wurde Herr Florian von Stablewski ernannt, den wir bis dahin als Vorkämpfer des Polonismus im Abgeordnetenhause zu kennen gemeint hatten. Sind die Aeußerungen zuverlässig, die der Herausgeber der „Zukunft" (a. a. O. S. 6 ff.) ihm in den Mund legt, so hätte der Erzbischof sich moderat genug ausgelassen, wenn er für sich und die Seinen nur die Möglichkeit wünschte,

*) Vergl. „Nordd. Allg. Ztg." vom 5. März 1888, „Köln. Ztg." vom 7. März desselben Jahres und sonst.

gute preußische Unterthanen zu sein, „als Polen aber unsern Gott, unsere Sprache und unser Vaterland zu lieben". Er könne nicht glauben, daß seine — des Primas von Polen — Ziele denen des Deutschtums gegensätzliche seien. Unlängst hat Herr von Stablewski sich durch den Vertrag, welchen er mit der Schwedter Versicherungsgesellschaft eingegangen war und dem zufolge die genannte Gesellschaft allen Kirchenvorständen, Geistlichen und Pächtern kirchlicher Grundstücke in den Diözesen Gnesen und Posen zu Versicherungen gegen Feuersgefahr und Hagel sollte empfohlen werden, dem erzbischöflichen Stuhl aber aus diesen Versicherungen allemal 10% des Bruttoertrages von den Vorprämien zufließen mußten, lebhaften Zeitungserörterungen ausgesetzt, welche ausführten, wie durch diesen Vertrag zu Gunsten der Firma B. v. Dembinski & Co. sämtliche deutsche Agenturen boykottiert würden; auch würden, da die Schwedter Versicherungsanstalt auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit errichtet ist, die 10% Provision seitens der übrigen Versicherungsnehmer bestritten werden. Da der Vertrag auf diese Weise Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden, ist er von dem Herrn Erzbischof öffentlich rückgängig gemacht worden.

Es kann meine Aufgabe nicht sein, das Maß von Milde oder Strenge, von Züchtigen und Loslassen angeben zu wollen, dessen die Regierung den schwierigen politischen Verhältnissen gegenüber bedarf. Beide Wege sind versucht worden, umschichtig; vielleicht daß das Umschlagen des einen in den anderen nicht immer das günstigste gewesen ist*). Auf Seiten einer ernsten Wahrnehmung der Hoheitsrechte des preußischen Staates hat zur Zeit Friedrich Wilhelms III. Oberpräsident v. Flottwell sich ausgezeichnet. Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. führte dann einen Umschwung herbei**). Immer aber, seit sie in Wiederbesitz der Provinz

*) Das „Leipziger Tageblatt" verlangt für die Germanisierung der Polen: 1. allen Unterricht deutsch, 2. drei Jahre bei den Fahnen, 3. deutschen Verkehr mit den Behörden; die Benutzung von Dolmetschern ist einzuschränken und zu verteuern. Am Schluß heißt es: „Mit einer schwankenden Politik fördert man nur die Sache der polnischen Agitatoren, die ihrerseits nicht schwankend und zahm sind".

**) Vergl. „Die evangelische Diaspora in Posen", Barmen, Hugo Klein, S. 22 f.

Posen gelangt ist, hat die Regierung, wie dies seinerzeit Herr v. Puttkamer-Plauth ausgeführt, keinen anderen Gedanken gehabt, als diese Provinz mit Segnungen, Wohlthaten und Vorteilen förmlich zu überschütten. Soweit es sich um Förderung materieller Kultur handelt, ist sie geradezu das verwöhnte Kind der preußischen Monarchie. Kaum irgendwo ist von Staatswegen so viel geschehen für Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes, der Kommunikationseinrichtungen oder Meliorationsanlagen, wie hier. Allerdings ist von Westpreußen her geklagt worden, daß die beiden Provinzen Posen und Westpreußen mit eigenen höheren Bildungsanstalten — über das Gymnasium hinaus — dürftig ausgestattet seien. Keine Universität, keine Akademie, kein Museum, keine wissenschaftliche, künstlerische oder auch nur höhere technische Staatsanstalt sei vorhanden, mit Ausnahme etwa des Posenschen Staatsarchivs und der von einem Polen gegründeten Raczinskischen Bibliothek. Um so mehr ist in diesen Provinzen namentlich für die katholische Volksschule geschehen. Darüber hat sich ziffernmäßig der Kultusminister von Goßler am 11. März 1889 und wieder am 22. März 1890 im Abgeordnetenhause ausgelassen. (Vgl. „Kölner Zeitung" vom 12. März 1889 und vom 23. März 1890). Als am 12. März 1890 der Abgeordnete von Stablewski den Antrag auf Einführung der Muttersprache der polnischen Kinder als Unterrichtsmittel und Unterrichtsgegenstand, sowie ausschließliche Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache für die Volksschule stellte, führte Herr von Goßler aus, wie sehr die Arbeiterverschiebungen in Posen und namentlich Westpreußen auch konfessionelle Wandlungen bereits in der Schule hervorgerufen hätten. Ich gebe die Worte nach dem Berichte der „Kölnischen Zeitung" vom 13. März 1890 Nr. 72 wörtlich:

> Insbesondere haben die Einwanderungen aus Rußland für die Unterrichtsverwaltung die allerübelsten Folgen gehabt. Wenn heute ein Gutsbesitzer sich billigere Arbeitskräfte verschaffen will und polnische Arbeiter kommen läßt, dann wird sofort in den polnischen Zeitungen Lärm geschlagen, daß hier Nationalität und Bekenntnis aufs schwerste benachteiligt würden. Ich könnte aber eine Reihe von Fällen anführen, in denen vor wenigen Jahrzehnten Schulen vom Gustav-Adolf-Verein gegründet wurden, die heute bereits von katholischen polnischen Kindern eingenommen werden und wo ich bereits wiederholt bei der Neubesetzung katholische Lehrer habe einführen lassen. Das paßt natürlich den Herren,

daß infolge dieser Arbeiterverschiebungen ohne weiteres die Schulen umgestaltet werden sollen, aber die Unterrichtsverwaltung kann das nicht ohne weiteres verantworten. Diese Schulen sind zum großen Teil vorzugsweise im Bezirk Marienwerder als evangelische und aus spezifisch kirchlichen Mitteln begründet worden. Wenn nun eine Arbeiterbevölkerung, die ganz von dem Willen und Wink des zeitigen Arbeitgebers abhängt, sich plötzlich über eine solche Gegend ergießt, so ist es in der That nicht möglich, Schulen, die als evangelische begründet sind, und die vom Standpunkte der Unterhaltungspflichtigen aus doch evangelisch sind, ohne weiteres in katholische umzugestalten. Ich bin aber trotzdem in wiederholten Fällen eingeschritten, ich habe, wenn ich den Eindruck gewann, die Bevölkerung wird eine dauernd katholische sein, den evangelischen Lehrer bei der ersten Gelegenheit versetzt und einen katholischen angestellt. Das tritt nicht allein im Bezirk Marienwerder, sondern beispielsweise — ich kann den polnischen Namen nicht aussprechen — in Schönsee, im Kreise Wirsitz, zu Tage.

Besonders schwierig ist doch die Stellung der Regierung gegenüber den nationalpolnischen Bestrebungen. Fürst Bismarck war es, der 1887 im Abgeordnetenhause den Polen zurief: „Erklären Sie, meine Herren, daß Sie nicht an eine Wiederherstellung Polens auf Kosten des territorialen Bestandes der preußischen Monarchie denken und die Gesetze gegen Sie werden in demselben Augenblick überflüssig.“ Fürst Bismarck war es auch, der das Ansiedlungsgesetz mit der 100 Millionenanleihe auf den Weg brachte. Graf Caprivi hat sich wieder entgegenkommender erwiesen als sein Vorgänger, doch nicht ohne Reserve (2. Mai 1891):

Gehen Sie weiter auf dem Wege der Versöhnung, so werden Sie es der Regierung und den Deutschen in der Provinz Posen möglich machen, Ihnen auch weiter zu folgen. Ich habe mich gegenüber einem der Herren, die mit mir darüber sprachen, des Gleichnisses bedient: Sie machen uns ein freundliches Gesicht; das freut uns, aber Sie können nicht verlangen, daß wir Ihnen nun um den Hals fallen. (Heiterkeit.) Wir wollen wieder freundlich sein, aber wir wollen abwarten, wie diese der preußischen Regierung wohlwollende Entwickelung sich weiter gestaltet, und werden in dem Maße Ihnen folgen, als Sie uns vorangehen. (Sehr richtig!) Das Ansiedlungsgesetz, welches wir für eins der wichtigsten halten, jetzt aufzugeben, dazu sind die Motive des Wohlwollens, das uns von der anderen Seite entgegengebracht worden ist, noch nicht gewichtig genug. (Bravo!) („Nordd. Allg. Ztg.“ vom 3. Mai 1891.)

Ueber die bisherigen Erfolge des Ansiedlungsgesetzes sind die Meinungen geteilt. Ottomar Beta, den die

„Deutsche Warte“*) als Sachverständigen nach Posen geschickt und der sich in einem Artikel: „Innere Kolonisation“ (8., 11., 13., 17., 21., 26., 28. September d. J.) des weiteren ausgelassen, drückt sich sehr skeptisch aus, stellte die Sache am Beispiel von Zedlitzwalde wie ein verfehltes Experiment hin. Auch wo er länger oder günstiger spricht, kehrt am Ende doch der Pessimismus zurück:

> Man wird Gefahr laufen, all die großen Opfer vergebens gebracht zu haben. Man sei im Begriff, eine neue Hörigkeit zu schaffen und unhaltbare Zustände. Daß die polnische Bevölkerung zunehme, sei nicht weiter verwunderlich. Das tiefere Niveau sei dem Polentum angemessen. Deshalb vermehre es sich! Napoleons Worte werden doch noch Wahrheit: die Welt werde kosakisch ꝛc.
>
> Daher seine Meinung, die Aufgabe sei zu beschwichtigen; auf diesem Boden sollten Deutsche und Polen, im Frieden einander ergänzend, mit einander leben. Das ist ohne Zweifel sehr schön gesagt. Uebrigens kommt Beta für die jungen Knechte auf die alte Behandlung mit der Knute zurück — wir halten es mit Friedrich dem Großen —, zeichnet drastisch den polnischen Schmutz: „Ich habe Durst und werde ins Dorf in die polnische Schenke gehen und ein Glas Grätzer Bier aus der Flasche trinken; anders thut man es hier nicht, nachdem man einmal einen Blick in ein polnisches Glas gethan hat“; zeichnet nicht minder deutlich eine neben der Macht der römischen Kirche von innen heraus wirkende, unberechenbare und unberechenbar wirkende andere Macht, welche in einer sicherlich unbeabsichtigten Verbindung mit jener stehe, nämlich die des Alkohol: wenn der Pole zum Kirchhof geht, um zu beichten und „Ablaß zu holen“ oder Absolution, so kommt er vielfach betrunken wieder nach Hause und wirft einem Deutschen unterwegs einen Stein an den Kopf; zeichnet endlich mittels des Volksliedes: „Krakowiak“ die Abneigung der polnischen Schönen, einem andern als einem Polen „mit Stiefelchen, roten“ sich zu eigen zu geben. „Nix Deutsch, Niema! Weiß nicht!“ sagen auch die Küchenmamsells.

Professor Max Weber, welcher die ökonomischen Grundlagen der Machtstellung des alten Grundadels überhaupt schwinden sieht, hat seine akademische Antrittsrede in Freiburg i. B. über den „Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“ gehalten (vgl. „Kölnische Zeitung“ vom 5. August 1895, Nr. 674) und kommt dabei vom Standpunkte des Deutschtums auf die beiden Forderungen der Schließung der östlichen Grenze und des systematischen Bodenankaufs seitens des

*) Neuerdings von Professor Dr. Denk in Mainz als „auffallende Stütze des Vatikanismus“ angeklagt in Beyschlags „Deutsch-evangelischen Blättern“ 1895, X, S. 680 ff.

Staates, nämlich Erweiterung des Domänenbesitzes einerseits und systematische Kolonisation deutscher Bauern auf geeigneten Böden, namentlich Domänen, anderseits.

Ein „Eingeweihter", welcher 1890 ein Büchlein: „Die polnische Frage, historische Beiträge zu ihrer Lösung" (Breslau, Leopold Freund), hat erscheinen lassen, erzählt:

> er sei in früheren Jahren oftmals Zeuge gewesen, daß Polen, wenn ihnen von preußischen Mitbewohnern der Provinz vorgehalten wurde, warum sie sich der Regierung und dem Staatsleben nicht offener anschlössen, da sie ja doch ganz dieselben Gesetze und ganz dieselben politischen Rechte genössen wie die deutschredenden Bewohner der Provinz, zur Antwort gaben: „Im Vertrauen gesprochen, wir möchten wohl, aber die Frauen würden uns keine Ruhe lassen, und hinter den Frauen wacht der Beichtstuhl." Dabei meint er, der Rassenhaß der stockkatholischen Polen gegen das zum größeren Teile protestantische Deutschtum erscheint intensiver fast noch als gegen das Russentum. Mit dem letztern ist ihnen doch wenigstens eine gewisse Rassenverwandtschaft gemein, und es läßt sich nach allen bis heute gemachten Erfahrungen noch viel eher denken, daß, wenn einmal die politische Wagschale zwischen Germanentum und Russentum ins Schwanken kommt, die Polen noch immer eher in die russische Schale als in die deutsche ihr helfendes Gewicht werfen werden. In Gemeinschaft mit Russen, so hat man oft aus polnischem Munde gehört, erscheint der gebildete Pole noch immer im Vortritt, in Gemeinschaft mit dem an Bildung überlegenen Deutschen marschiert er aber im Nachtritt. Bei einer solchen Alternative würde es für das deutsche Interesse noch immer vorteilhafter erscheinen, ein isoliertes Rußland mit der polnischen Achillesferse sich gegenüber zu sehen, als ein immer für einen gegebenen Fall doch mögliches kombiniertes Rußland-Polen. Preußen insbesondere kann unter allen bisher besprochenen Chancen nichts besseres sowohl im eigenen politischen Interesse als auch im Interesse des allgemeinen Civilisationsfortschritts thun, als den einmal nun von ihm besessenen und ein Jahrhundert lang bereits gepflegten ehemals polnischen Boden so reich als möglich mit germanischem Saatkorn zu bestellen, ihn so wenigstens vor der Wiederkehr der einstmaligen so übelberufenen „polnischen Wirtschaft" zu bewahren und zu diesem Zwecke allen dagegen gerichteten nicht endenden offenen und geheimen Umtrieben so stark als möglich den Daumen aufzudrücken.

Dr. Albert Gruhn in seiner Broschüre: „Das deutsche Kapital und der Polonismus" (Berlin, Karl G. Wiegandt) sieht als ein Hauptmittel für die Germanisierung der Ostprovinzen die deutsche Volksschule an, die auf die niederen Volksschichten, die Arbeiter und die Bauern, zu wirken habe, sodann die freiwillige Expropriierung des polnischen Groß-

grundbesitzes durch die Ansiedelungskommission, deren Geldmittel zu verstärken seien.

Als ein weiteres nennt er die Unterstellung der in hervorragendem Maße die Geschäfte der Naturalisierung der Massen und der Polonisierung der deutschen Katholiken betreibenden Geistlichkeit unter „einen gutpatriotischen deutschen Erzbischof, etwa einen Bismarck mit Pallium und Krummstab" [?].

Würde der Bismarcksche Gedanke durchgeführt, würde mit jenen 100 Millionen, mit einem zweiten und dritten Hundert der zur Verfügung sich stellende polnische Großgrundbesitz aufgekauft, ältere Domänen und neugekaufte Güter allmählich zerschlagen und mit deutschen Bauern besetzt, Waldboden wie in Westpreußen so auch in Posen zur Aufforstung in größerem Umfang durch den Forstfiskus erworben und durch eine Landbank auf Grund der Rentengütergesetze und mit Hülfe der Bromberger Generalkommission Tausende von deutschen Rentengütern, auch kleine, auf bisher polnischem Grund und Boden angesiedelt — in einem Menschenalter wäre der polnische Großgrundbesitz in unseren Ostprovinzen beseitigt und durch die Ansässigmachung von Zehntausenden deutscher Bauernfamilien der Sieg des Deutschtums für immer entschieden.

Eine deutsche Agrarbank ist mit einem Kapital von 10 Millionen ins Leben gerufen worden. Ihre Entstehung ist den Begründern des „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" — den Herren von Hansemann, v. Kennemann und v. Tiedemann (H.K.T.-Verein) zu verdanken. Merkwürdigerweise ist gerade die Generalkommission in Bromberg bisher beschuldigt*), die Geschäfte der Polen besorgt zu haben und es sind hier — wie es scheint mit großem Rechte — sei es administrativ oder legislativ andere Ordnungen für diese Kommission, für die Behandlung des Rentengütergesetzes und dessen Beziehungen zum Ansiedlungsgesetz in Antrag gebracht worden.

Wenigstens erwähnt sei noch ein weißer Rabe, der Gymnasiallehrer Chudzinski aus Straßburg in Westpreußen, welcher in einer bei Wienbrack in Leipzig 1891 erschienenen Flugschrift ausgeführt hat, wie die preußischen Polen in den letzten Jahrzehnten immer mehr unter die Herrschaft überspannter unklarer Köpfe geraten seien, welche bei ihrem Einflusse in der Presse das Volk durch phantastische Träume

*) Flugschrift 1 des Alldeutschen Verbandes: „Die deutsche Ostmark." Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage. Herausgegeben vom Alldeutschen Verbande. Berlin W. 35, Goethestr. 32. Kommissionsverlag von M. Priber, Charlottenstr. 50/51. — Jedenfalls sehr lesenswert.

aufregen und den Deutschen entfremden. Rückhaltlos müsse der Pole sich an Deutschland anschließen, um so geistige und materielle Förderung zu erfahren und der reichen Segnungen der deutschen Kultur teilhaftig zu werden.

Nur weniges bleibt uns zu sagen. Der Minister des Innern, Herr von Köller, hat am 15. Februar d. J. im Landtage erklärt: „Das Deutschtum in den Ostmarken fördern muß jeder Deutsche, der in den Ostmarken wohnt; das fordert sein Nationalstolz." Ebenso der Kultusminister D. Bosse am 26. Februar; auch er wies es ab, zur Förderung deutschfeindlicher Agitation die Hand zu bieten. Die Melodie, der polnische Religionsunterricht werde dem deutschen Staate nicht schaden, sei „eine falsche, verlockende, verführerische, gegen die wir das oberschlesische Volk schützen müssen." Es wäre eine Verletzung der Interessen des preußischen Staats und des deutschen Reiches, wenn wir diese großpolnische Agitation stärken wollten. Wir kennen den Trinkspruch des Kaisers in der Marienburg vom 8. September 1894:

„Dieses Schloß, in dessen Mauern die weißen Mäntel mit dem schwarzen Kreuze von den Rittern einhergetragen wurden, war die Hochburg des Deutschtums gegen den Osten; von ihr ging die Bekehrung der Heiden, von ihr die Kultur in alle Lande hinaus. So möchte ich der Provinz von Herzen wünschen, daß sie die Marienburg stets als ein Wahrzeichen des Deutschtums ansehen, daß sie stets pflegen und hegen möge deutsche Sitte und deutschen Glauben, und daß sie sich hierdurch immer fester zusammenschließen möge. Auf das Gedeihen und Blühen der Provinz Westpreußen leere ich mein Glas."

Und den anderen vom 22. September in Thorn:

„die Worte, die Sie soeben als Ausdruck der Treue der Bewohner Ihrer Stadt gesprochen haben, sind mir zu Herzen gegangen. Die Geschichte der Stadt Thorn ist eine der bewegtesten und interessantesten unter allen Städten meiner Monarchie. Sie hat aber in allen wechselnden Schicksalen das Eine nicht aus dem Auge gelassen, daß sie gerade so wie Marienburg seit ihrer Gründung eine deutsche Stadt ist. Ich habe mich gefreut, wahrzunehmen, daß Thorn das Deutschtum zu bewahren bestrebt ist, und hoffe, daß meine soeben gesprochenen Worte auch in Thorn das rechte Verständnis finden werden. Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hierselbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf meine Gnade und Teilnahme rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt

als preußische Unterthanen fühlen. Ich hoffe, daß die Thorner polnischen Mitbürger sich entsprechend dem, was ich in Königsberg gesagt, verhalten werden, denn nur dann, wenn wir alle Mann an Mann geschlossen wie eine Phalanx zusammenstehen, ist es möglich, den Kampf mit dem Umsturz siegreich zu Ende zu führen. Daß die Thorner in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen, wünsche ich von Herzen."

Von einer Wiederherstellung eines politischen Nationalstaats darf nimmer die Rede sein; davon zu dichten können wir auch Herrn Professor Delbrück kein Recht einräumen. Und wie man nun sonst über die Behandlung der Dinge denken mag, das Eine kann mit Sicherheit behauptet werden: das, was in diesen östlichen Landen für die evangelische Kirche geschieht — man wird es allerdings in die Herzen und auch ins Grundbuch sicher eintragen müssen — das geschieht auch für das deutsche Wesen, für den preußischen Staat, für das deutsche Reich.

Buchdruckerei Richard Hahn (H. Otto), Leipzig.

OTTO & LEHMANN
Buchbinderei
DRESDEN N.

X

Ms. Germ. univ. 605 f

SLUB DRESDEN
3 3435935

books2ebooks.eu

www.books2ebooks.eu

books2ebooks.eu

SLUB
Wir führen Wissen.